

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Walter Laqueur
Russen und Deutsche

Hans-Heinrich Mahnke
Die deutsch-sowjetischen
Beziehungen
im Jahre 1964/65

B 29/65
21. Juli 1965

Walter Laqueur, geb. 1921 in Breslau, ist Herausgeber der Londoner Vierteljahresschrift „Survey. A Journal of Soviet and East European Studies“ und seit einiger Zeit Direktor der Wiener Library in London, die er zu einem Institut für zeitgeschichtliche Studien ausbaut. Neben zahlreichen Zeitschriftenaufsätzen hat er die Bücher „Communism and Nationalism in the Middle East“, „Die Deutsche Jugendbewegung“, Köln 1962⁴, und „Heimkehr“, Köln 1964, geschrieben.

Hans H. Mahnke, Dr. jur., Referent für Völkerrecht im Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus in Köln, geb. 28. April 1929 in Otterndorf b. Cuxhafen.

Veröffentlichung: Die Frage der Einheit der Völkerrechtsgemeinschaft und die Organisation der internationalen Sicherheit, Berlin 1965.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und
Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustel-
lung

Bestellungen von Sammelmappen für die Bei-
lage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Ver-
packungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Mei-
nungsäußerung der herausgebenden Stelle
dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung
und Urteilsbildung.

Russen und Deutsche

In dieser Ausgabe wird die Reihe der Beiträge zum Deutschlandbild fremder Völker ergänzt durch eine Studie zum russisch-deutschen Verhältnis. Wenn es auch nicht möglich war, einen geeigneten russischen Beitrag zu finden, so kommt hier zumindest ein neutraler Beobachter zu Wort. Walter Laqueur beschäftigt sich bereits seit langem mit dem Problem der deutsch-russischen Beziehungen. Der Ertrag seiner Studien liegt seit kurzem in einem Buch vor, das bei Weidenfeld & Nicolson in London erschienen ist und im September dieses Jahres unter dem Titel „Deutschland — Rußland“ im Propyläen Verlag, Berlin, herauskommt. Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um die Übersetzung eines Aufsatzes, der auf der Grundlage des Buches für die Londoner Monatszeitschrift ENCOUNTER geschrieben und im April-Heft 1965 abgedruckt worden ist.

Ergänzt wird dieser Beitrag durch eine Arbeit über die regierungsamtlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion in der jüngsten Zeit, die sich auch eingehend mit der besonderen völkerrechtlichen Problematik des deutsch-sowjetischen Verhältnisses im Hinblick auf die Teilung Deutschlands befaßt.

Alexej Adshubej, der frühere Chefredakteur der *Iswestija*, stellte nach seinem Besuch in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr fest, Russen und Deutsche hätten „mehr gemeinsam“, als er bisher angenommen habe. So seien zum Beispiel beide „zum Weinen fähig“ (im Gegensatz zu jenen unmenschlichen Engländern, die ihren Gefühlen — falls sie überhaupt welche hätten — keinen freien Lauf lassen könnten). Der Redakteur war in Bonn gewesen, um seinem Schwiegervater, dem früheren sowjetischen Regierungschef, den Weg zu bereiten; ob er ein erfahrener und kundiger Beurteiler des deutschen Nationalcharakters ist, möge dahingestellt bleiben. (Jedenfalls schien er nicht zu wissen, daß das angelsächsische Tabu auf das Weinen verhältnismäßig neu ist und von Pitt und Fox bis zu Curzon, Churchill und Gaitskell nicht beachtet worden ist.) Aber nicht nur er hat die gemeinsamen Charaktereigenschaften, die Bande der Interessen und Empfindungen und die allgemeine geistige Verwandtschaft zwischen Germanen und Slawen betont. Jede Erörterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland während der letzten 200 Jahre, die den gewaltigen deutschen Einfluß auf Rußland und die merkwürdige Faszination unbe-

rücksichtigt läßt, die Rußland auf so viele Deutsche ausgeübt hat, ist unvollständig und irreführend. Beide Länder haben einander sehr viel Wohlwollen, Freundschaft, ja sogar Bewunderung entgegengebracht, die weit in die Vergangenheit zurückreichen und Adolf Hitler überlebt haben. Ebenso unrealistisch wäre es jedoch, das tiefe Mißtrauen und die Feindseligkeit zu verkennen, die im Bewußtsein der Russen wie der Deutschen fest eingewurzelt sind. Die Beziehungen zwischen Gruppen sind noch verwickelter als zwischen einzelnen Menschen, die sich gleichzeitig lieben und hassen, bewundern und verachten können. Zu sagen, daß zwischen Moskau und Berlin seit langem eine „Haß-Liebe“ besteht, heißt lediglich, etwas feststellen, was auf der Hand liegt; dennoch ist diese Feststellung eine der Grundtatsachen der modernen Geschichte, die zum Ausbruch zweier Weltkriege beigetragen hat und auch heute noch die Weltlage immer wieder verschärft. In der Vergangenheit wurden die Spannungen zwischen beiden Ländern häufig von echten Konflikten ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen hervorgerufen. Mindestens ebenso stark aber haben Vorurteile, Angst und Mißverständnisse die Beziehungen der beiden Nationen beeinflusst.

Stolz und Vorurteil

Im Jahre 1902 veröffentlichte eine amerikanische Zeitschrift einen Aufsatz mit dem geheimnisvollen Titel „Die russische Schlacht von Dorking“, in dem die Überraschung und

der wachsende Zorn eines russischen Rip van Winkle geschildert wird, der im Dezember 1897 eingeschlafen und nach 30 Jahren aufgewacht war und nun feststellen mußte, daß

sein Land inzwischen unter die Herrschaft der Deutschen geraten war. Es hatte ein Krieg von sechs Wochen stattgefunden, in dem die Deutschen auf Grund ihrer eindeutigen Überlegenheit — besonders auf technischem Gebiet — die Russen einfach erdrückt hatten. Die Zaren waren verschwunden, Bessarabien und Finnland gehörten nicht mehr zu Rußland, die Hauptstadt war nach Nishni-Nowgorod verlegt worden. Übriggeblieben war ein deutscher Satellitenstaat, in dem fast überall die Juden die örtliche Selbstverwaltung (Semstvos) leiteten. In allen russischen Landen waren die Einwohner zu einem Volk von Holzfällern und Wasserziehern herabgesunken.

Phantasien dieser Art waren damals nichts Ungewöhnliches und spiegelten die echte Angst wider, die viele Russen seit langem beherrschte, daß ihr Land eines Tages in irgendeiner Form unter deutsche Herrschaft fallen könnte. Es wäre sinnlos, zu behaupten, daß diese Befürchtungen nicht auf Tatsachen beruhten; die Reformmaßnahmen Peters des Großen im 18. Jahrhundert hatten viele Ausländer nach Rußland gebracht und mit ihnen die deutsche Sprache und deutsche Sitten eingeführt. Einige Jahrzehnte später wurde Rußland tatsächlich von den Birons, Münnichs und Ostermanns und anderen deutschen Höflingen, wenn auch nur auf kurze Zeit, beherrscht. Trotzdem ist die *Bironowschtschina* nicht nur als besonders brutale und korrupte Episode der russischen Geschichte, sondern geradezu als Symbol fremder Herrschaft und Ausbeutung in Erinnerung geblieben. Ob die russische Verwaltung vor- oder nachher weniger willkürlich und korrupt war (wie manche behaupten), ist unwesentlich, denn es war offensichtlich weniger ärgerlich, von den eigenen als von fremden Tyrannen unterdrückt zu werden. In diesem Groll gegen die deutschen Eindringlinge und Usurpatoren, der vom alten Adel und von der neuen Oberschicht im gleichem Maße geschürt wurde, äußerte sich der russische Nationalismus zum erstenmal. So entstand das russische Nationalbewußtsein aus der Opposition gegen das Vordringen der Deutschen.

Die Deutschen waren zwar unbeliebt, wurden aber dennoch als Techniker, Kaufleute, Hauslehrer und vor allem in Armee und Verwaltung gebraucht. Die höheren Posten gingen meist an die Balten, während Lehrer, Techniker und Handwerker häufiger Neuankömmlinge aus dem eigentlichen Deutschland waren. Der russische Adel und die allmählich entstehende Intelligenzschicht waren wenig geneigt,

in die Verwaltung zu gehen — diese Stellen waren weder besonders einträglich noch genossen sie hohes Ansehen. Manche Zaren (z. B. Nikolaus I.) zogen sogar Deutsche vor, weil sie sich naturgemäß eher als seine eigenen Untertanen dazu hergaben, Unterdrückungsmaßnahmen und unpopuläre Handlungen durchzuführen. Selbst in den achtziger Jahren, als sich die panslawistische Propaganda auf dem Höhepunkt befand, waren etwa 40 v. H. der höheren Ränge in der russischen Armee von Offizieren deutscher Herkunft besetzt. Im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten sowie in einigen anderen Behörden waren die Deutschen sogar in der Mehrheit!

Die Deutschfeindlichkeit äußerte sich in verschiedenen Formen. Beim Adel wurde der „unterwürfige, gehorsame Deutsche“ verachtet. Turgenjew vergaß nie, wie sein Vater einen deutschen Hauslehrer, der seinen Unwillen erregt hatte, aus einem Fenster im ersten Stock einfach hinauswarf. Der unbeholfene, schwerfällige deutsche Lehrer (oder Handwerker oder kleine Beamte) ist in der russischen Literatur von Fonwisin bis Gogol und noch später stets eine Witzfigur gewesen. Fonwisin, selbst Sproß einer vollständig assimilierten deutschen Familie, hatte 1784 nach einem Besuch in Mittel- und Westeuropa geschrieben, „daß bei uns alles besser ist und wir ein größeres Volk sind als die Deutschen ...“. Das ist wahrscheinlich eine der ersten Äußerungen der Verachtung, die die russische Großzügigkeit (*schirokaja natura*) für das deutsche Philistertum (*meschtschanstwo*) empfindet. In den Augen des russischen Beobachters mangelte es dem Deutschen an Wärme, Menschlichkeit, Gemüt und Herz. Seinem Charakter und seinem Temperament fehlte eine ganze Dimension: er *lebte* nicht wirklich. Die Franzosen wurden in Rußland noch bewundert, als Moskau 1812 brannte, während man den deutschen Mangel an *savoir vivre* auch dann noch mit verächtlichem Spott betrachtete, als Rußland und Preußen enge Verbündete waren. Die Russen bewunderten Goethe, Heine und besonders Schiller mehr als alle anderen Völker, waren aber der Ansicht, daß diese großen Dichter „der ganzen Menschheit“ gehörten, daß heißt, nichts „speziell Deutsches“ an sich hatten. Johannes Kohl, Verfasser eines Baedeker-ähnlichen Reiseführers, besuchte Moskau im Jahre 1840 und berichtete von einer Unterhaltung mit dem Dichter Polewoi. Von Goethe und Schiller sprach Polewoi mit größter Begeisterung ebenso wie von Herders *Ideen zur Philosophie der*

Geschichte der Menschheit, einem Buch, das offenbar jeder gebildete Russe kannte. Aber als die Rede auf das damalige Deutschland kam, schlug er die Hände überm Kopf zusammen und rief: „Mein Gott, wo hält sich der geniale Geist Deutschlands versteckt!“ Bakunin (und mit ihm mancher andere russische Besucher Deutschlands) ärgerte sich vor allem über das Philisterhafte, das so viele Deutsche an den Tag legten. „Von ihrem kulturellem Erbe ist nicht einmal ein Zehntel in ihr Leben übergegangen!“ Das Schild eines Berliner Schneiders fiel ihm auf, das unter dem preußischen Adler über seiner Werkstatttür hing: „Unter deinen Flügeln kann ich ruhig bügeln.“ Iwan Kirejewski, ein früher Slawophile, der in den fünfziger Jahren aus Deutschland schrieb, verglich das Land mit einem Gefängnis, einem Sarg, in dem die Menschen lebendig begraben seien. „Es gibt kein Volk auf der ganzen Welt, das so langweilig, so seelenlos, so ärgerlich wie die Deutschen ist — verglichen mit ihnen sind die Bulgaren Genies!“ Ähnliche Bemerkungen konnte man Jahre später von russischen Juden über ihre deutschen Glaubensgenossen hören. Chaim Weizmanns Erinnerungen sind in dieser Hinsicht aufschlußreich. Über die Ballins und War-

burgs schrieb Weizmann: „Der übliche Typ der ‚Kaier-Juden‘, deutscher als die Deutschen, unterwürfig, überpatriotisch, eifrig die Wünsche und Pläne der Herren Deutschlands vorwegnehmend . . .“ Die deutschen Juden hielten ihrerseits nicht viel von den Ostjuden — schlampige, lärmende, liederliche Leute, die die Nächte durchschwätzten und am Tage nichts schafften. Ich habe hier die Meinung eines frühen Slawophilen über Deutschland zitiert, aber sie wurde auch von vielen westlich orientierten Russen geteilt, wenn auch aus anderen Gründen. Radikale russische Schriftsteller wurden immer wieder daran erinnert, daß der Leiter der „Dritten Abteilung“ (die in erster Linie als politische Polizei und Zensurabteilung fungierte) Benckendorff und sein Nachfolger Dubbelt hießen. Für Alexander Herzen war der hohe deutsche Beamte ein Symbol für die Einengung, für alles, was in Rußland reaktionär und tyrannisch war — für „l'empire knouto-germanique“, wie Bakunin es ausdrückte. Da so viele Deutsche bereit waren, der zaristischen Autokratie zu dienen, zogen Herzen und viele seiner Zeitgenossen den irrigen Schluß, Autokratie sei im Grunde „unrussisch“ und lediglich aus Deutschland importiert.

Der „unvermeidliche Krieg“

Die Tatsache, daß so viele Deutsche hohe Stellungen innehatten, rief zwar bis zu den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts Verstimmung hervor, wurde aber nicht eigentlich als tödliche Gefahr angesehen, denn niemand stand hinter diesen heimatlosen Männern. Deutschland war damals ein „geographischer Begriff“, aber keine Großmacht. Die Lage änderte sich 1870, als das zweite Reich fast über Nacht als beherrschende Kraft in Europa und als potentieller Feind Rußlands hervortrat. Das Gleichgewicht des ganzen europäischen Kontinents war gestört; in Petersburg fürchtete man, Deutschland werde die baltischen Provinzen fordern und ein unabhängiges Polen wiederherstellen. „Jeder, bis hinauf in die allerhöchste Gesellschaft, ist gegen uns“, schrieb von Schweinitz aus der russischen Hauptstadt gegen Ende des deutsch-französischen Krieges. Die russischen Industriellen fühlten sich nun bedroht von ihren deutschen Konkurrenten, die leistungsfähiger waren und länger im Geschäftsleben standen. Die russischen Landwirte beklagten sich über die hohen

Zölle, mit denen Berlin die Einfuhr von russischem Getreide belegte. Die Panslawisten erklärten feierlich, nur das Schwert könne sie von dem unheilvollen Einfluß des ränkevollen Eindringlings erlösen. Ein Kampf zwischen Germanen und Slawen sei unausweichlich. Das Ringen werde lang, blutig und schreckensvoll sein. Äußerungen dieser Art füllten jahrelang die Spalten großer Teile der russischen Presse.

Liest man die russischen und deutschen diplomatischen Berichte aus dieser Zeit, so könnte man meinen, der Erste Weltkrieg wäre nie ausgebrochen, wenn es keine Presse gegeben hätte. Gelehrte, die sich mit der Vorgeschichte des Krieges befaßt haben, haben einen großen Teil des Schriftwechsels zwischen Botschaftern, Außenministern und Kaisern veröffentlicht. Der öffentlichen Meinung und vor allem dem Einfluß der Presse ist jedoch viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Was tatsächlich geschah, ist — kurz zusammengefaßt — folgendes: Da konnte zum Beispiel eine Moskauer Zeitung einen sensationell aufgemachten Artikel über „Die Organisation der

deutschen Spionage in Europa“ bringen, in dem Fürst Bismarck das Streben nach der Welt-herrschaft Deutschlands vorgeworfen wurde. Bald danach taten andere russische Zeitungen, die von ihrem Konkurrenten nicht überflügelt werden wollten, das gleiche. Inzwischen hatte vielleicht ein russischer General einer der revanchistischen Zeitungen in Paris ein Interview gegeben oder eine Broschüre veröffentlicht, in der er ausführte, wie erwünscht ein russisch-französisches Bündnis zur Bezwingung Deutschlands wäre. Kurze Zeit später ließ die deutsche Presse einen Gegenangriff vom Stapel und wies auf Rußlands militärische Vorbereitungen in Polen und anderwärts hin. Russische Diplomaten in Berlin sowie ihre deutschen Kollegen in der russischen Hauptstadt verwandten viel Zeit darauf, solche Artikel zu kommentieren, zu dementieren oder zu erklären. Jedenfalls beschäftigten sie sich auf die eine oder andere Weise ständig mit der Presse. Zu dieser Dauerspannung kam alle zwei bis drei Jahre eine Kriegspanik größeren Ausmaßes. Viele Leute, auch solche in hohen Stellungen, redeten sich selbst ein, daß ein Krieg zwischen den beiden Ländern „vor der Tür“ stehe. Nach einiger Zeit beruhigten sich die Gemüter allmählich wieder und eine vorübergehende Entspannung trat ein, bis eine neue sensationelle Veröffentlichung das ganze wieder in Gang brachte. Dieser Zeitungskrieg dauerte fast ohne Unterbrechung vierzig Jahre. Der deutsche Botschafter in Rußland in den siebziger und achtziger Jahren, von Schweinitz, schrieb in seinem Tagebuch, nie und nirgendwo habe die Presse einen so negativen Einfluß auf die Außenpolitik gehabt wie in Rußland. In anderen Ländern war sie nur einer der Faktoren, die die öffentliche Meinungsbildung beeinflussten; in Rußland aber war sie der einzige, und die Regierung tat nur selten etwas dagegen. Die deutsche Presse, so muß man übrigens hinzufügen, war nicht viel besser, ja die Zeitungen der Alldeutschen waren noch ein bißchen schlimmer. Aber warum soll man der Presse die Schuld geben? Schließlich kamen die Angriffe nicht von ungefähr. Die Zeitungen druckten nur, was die Öffentlichkeit nach ihrer Meinung gerne lesen wollte oder, in einigen Fällen, wofür sie bezahlt wurden.

Von etwa 1880 an wäre ein Krieg gegen Deutschland in Rußland populärer gewesen als gegen jedes andere Land (mit Ausnahme natürlich von Österreich). Aber nicht alle waren blind gegenüber der Gefahr. Außenminister Giers sagte 1888, jeder, der die bestehende Ordnung stürzen wolle, sei für den Krieg.

Aber er übertrieb. Weder die Sozialrevolutionäre noch die Menschewiki und schon gar nicht die Bolschewiki können für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verantwortlich gemacht werden. Sicher richtig ist allerdings, daß das besonders seit 1905 gebrauchte Argument erzkonservativer Kreise, Rußland könne sich keinen Krieg leisten, weil dieser den Sturz der Romanows und den Sieg der Revolution bedeuten würde, auf die öffentliche Meinung nur wenig Eindruck machte. Wie konnte irgend jemand den Krieg tatsächlich wollen? Wir vergessen leicht, daß die Russen und Deutschen, die zu der Überzeugung gelangt waren, der Krieg sei „unvermeidlich“, in Begriffen der Jahre 1853 oder vielleicht 1870 dachten. Sie hatten nicht die blasseste Ahnung, was der Krieg bedeuten und daß er das Ende der Welt, wie sie sie kannten, bringen und eine Kettenreaktion auslösen würde, von der der sogenannte „große Krieg“ nur das erste Glied war. Charakteristisch für die Sorglosigkeit, um nicht zu sagen Frivolität, mit der die „Unvermeidbarkeit“ eines Krieges zwischen Russen und Deutschen ins Auge gefaßt wurde, ist ein unveröffentlichter Bericht über eine kleine Begebenheit, die sich im November 1910 in Potsdam zutrug, als der Zar Deutschland besuchte. Es handelte sich um einen anonymen Deutschen, wahrscheinlich einen verhältnismäßig hohen Offizier, und einige Mitglieder der Umgebung des Zaren, zweifellos ebenfalls Militärs, die sich in den frühen Morgenstunden (wahrscheinlich in einem bekannten Berliner Restaurant) unterhielten. Die Russen behaupteten, es bestünden wirtschaftliche Konflikte, die nicht auf friedlichem Wege gelöst werden könnten; Deutschland sei im Grunde ein Industrieland, das die Junker künstlich zu einem Weizen und Kartoffeln erzeugenden Agrarland gemacht hätten. „Wir Russen müssen Ihre Industrieerzeugnisse kaufen, aber Sie verschließen Ihre Grenzen für unsere Getreideeinfuhr. Da Ihre Presse in den Händen der Juden liegt, ist sie nahezu einstimmig antirussisch . . .“ Das war ein verzerrtes, aber offenbar überall akzeptiertes Bild. „Schade“, antwortete der Deutsche. „Wenn das richtig ist, rückt der Krieg jetzt in den Bereich der Möglichkeiten. Beide Seiten werden ihre Pflicht tun. Aber das sollte uns nicht davon abhalten, nach dem Kriege im Ritz in Paris ein sehr gemütliches Besammensein zu veranstalten, und wir können uns dann erzählen, wie es hüben und drüben war.“ Ob diese Zusammenkunft im Ritz jemals stattgefunden hat, ist nicht bekannt, und ich zweifle auch daran. Wenn sie stattgefunden hat, so

waren zweifellos alle Teilnehmer inzwischen viel klüger und viel trauriger geworden.

Seit einigen Jahren ist es in Rußland Mode geworden, den herrschenden Schichten in Deutschland vorzuwerfen, daß sie „seit dem Mittelalter alles Russische hassen und verachten ...“ Verallgemeinerungen dieser Art sind von zweifelhaftem Wert, besonders wenn sie auf eine Zeit zurückgreifen, in der praktisch kein Kontakt zwischen den beiden Völkern bestand. Im 19. Jahrhundert jedenfalls war die offizielle preußische Politik durchaus für eine Freundschaft mit Rußland. Als Nikolaus I. starb, erklärte die erkonservative Kreuzzeitung: „Unser Kaiser ist gestorben ...“ Die Russenfeindlichkeit fand sich damals hauptsächlich bei den Linksliberalen, die stark mit den Polen sympathisierten und dem Land feindlich gegenüberstanden, das sich zum großen Bollwerk des Despotismus in Europa, zur tragenden Säule der Heiligen Allianz entwickelt hatte. Deutsche Linksnationalisten betrachteten Rußland (nicht ohne guten Grund) als das Haupthindernis für die Einigung ihres Landes und proklamierten die Notwendigkeit eines heiligen Krieges gegen Rußland. Das war die Zeit, in der Freiligrath sein berühmtes Gedicht über die zwei Lager schrieb, in die die Welt geteilt sei:

Zwei Lager zerklüften heute die Welt
Und ein hüben, ein drüben nur gilt.

Jeder müsse aufstehen und sich zählen lassen; in einer letzten entscheidenden Schlacht würden die freien Völker des Westens die Sklaven des Ostens besiegen. Aber das war die Stimme der deutschen Opposition, nicht der herrschenden Kreise. Bei dieser Gegenüberstellung zwischen dem „revolutionären Westen“ und dem „reaktionären Osten“ neigten die deutschen Demokraten dazu, die Zarenherrschaft mit dem russischen Volk gleichzusetzen, denn eine öffentliche Meinung in Rußland, die sich von der zaristischen Politik distanziert hätte, war im Westen kaum vernehmbar. Unter den frühen Feinden der zaristischen Autokratie hielten viele die „polnische Frage“ für einen Familienstreit zwischen slawischen Brüdern; westliche Demokraten hegten den Verdacht, daß beide in Wirklichkeit kaum verhohlene Panslawisten seien, die ganz Europa erobern wollten. Selbst als Radikale (wie Herzen und Bakunin) in der polnischen Frage eindeutig Stellung bezogen, ließen sich Männer wie Karl Marx und Friedrich Engels dadurch nicht beruhigen. Die Ereignisse von 1848 hatten sie gelehrt, daß die Russen ein konterrevolutio-

näres Volk seien. In ihren Augen besaßen diese „aggressiven westlichen Chinesen“ (wie der zionistische Sozialist Moses Hess sich ausdrückt) alle Fehler, aber keine der Vorzüge primitiver Menschen; sie seien „Barbaren“, deren Sieg „ewige Nacht über Europa bringen“ werde; eine slawische Invasion würde die „Zerstörung aller Zivilisation und Kultur“ bedeuten. Der Haß gegen Rußland sei, so schrieb Engels an Bakunin, „die erste revolutionäre Leidenschaft der Deutschen“. Die russische Geschichte wurde von Marx in sehr ungünstigem Licht gesehen. Was könne man erwarten von einem Volk, dessen Charakter durch den Jahrhunderte währenden Despotismus der Mongolen, Tataren und Zaren geprägt worden sei, von einer Nation, die territoriale Eroberungen weit über ihre natürlichen Grenzen hinaus gemacht habe? Diese Äußerungen bereiten — wie kaum gesagt zu werden braucht — den heutigen orthodoxen Marxisten russischer Provenienz große Verlegenheit.

Gewiß, die Haltung der deutschen Linken wurde gegen Ende des Jahrhunderts durch die Entstehung einer starken revolutionären Bewegung in Rußland beeinflusst, aber der Zarisismus blieb der gefährlichste Feind des Sozialismus. Engels, ebenso wie August Bebel und Karl Liebknecht, erklärte immer wieder, ein revolutionärer Krieg gegen Rußland sei gerechtfertigt. Erst mit der Revolution von 1905 zeichnete sich der Sturz des zaristischen Absolutismus als deutliche Möglichkeit ab. Ihr Scheitern überraschte jedoch kaum. Die meisten deutschen Sozialisten hielten von ihren russischen Genossen nicht viel. Mit ihren ewigen internen Streitereien waren sie für die ganze internationale Bewegung eine Quelle der Sorge und Verlegenheit. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, bekannte sich die deutsche Sozialdemokratie fast ohne eine abweichende Stimme zu der, wie ihr Sprecher sich ausdrückte, Verteidigung der deutschen Kultur gegen die Korruption durch das primitive Rußland. Im Namen des Fortschritts und einer höheren Kultur schlossen sich die Sozialdemokraten dem Kampf gegen den zaristischen Despotismus an, der in ihren Augen mit den Interessen des internationalen Proletariats zusammenfiel.

Nicht alle Russenfeinde in Deutschland vor 1914 gehörten der Linken an. Es gab noch eine kleine, aber sehr einflußreiche Gruppe, die die Vorstellung, die sich die Deutschen vom Rußland des 20. Jahrhunderts machten, entscheidend beeinflusste: die Deutsch-Balten.

Entgegen einer weitverbreiteten Meinung handelte es sich dabei nicht nur um „Barone“; in vieler Hinsicht ein anziehendes Volk mit hohen kulturellen und ethischen Maßstäben, waren die Balten zweifellos kultivierter als ihre Standesgenossen im Reich. Aber sie hatten seit langem einer bevorzugten Minderheit angehört und viele von ihnen waren dadurch arrogant und überheblich geworden. Mitte des 19. Jahrhunderts wurden ihre Vorrechte zum erstenmal in Frage gestellt; ihre Autonomie auf dem Gebiet von Kultur, Religion und Erziehung wurde von der zaristischen Regierung immer mehr beschnitten. Die Verbitterung der Balten, die schon früher nicht viel von der russischen Regierung und Verwaltung gehalten hatten, wurde nun noch stärker. Als Antwort auf Äußerungen eines panslawistischen Führers wies ihr Sprecher den russischen Anspruch auf eine „Weltsendung“ empört zurück. Zugegeben, die Russen seien ein sehr begabtes Volk, aber Ernst, Mäßigung, Ausdauer gehörten nicht zu ihren Tugenden. Sie seien Stimmungen und Gefühlen unterworfen, es fehle ihnen an Disziplin. Ob es noch ein anderes Volk gebe, das so blind gegenüber der gewaltigen Diskrepanz zwischen seinen Wünschen und seinen tatsächlichen Fähigkeiten sei?

Unter den Balten, die später in das Reich übersiedelten (um dort den Kern der deutschen Rußlandexperten zu bilden!), war Victor Hehn, der mehr als jeder andere eine fast systematische „Theorie der Russophobie“ entwickelte und damit einen enormen Einfluß auf den Gang der neueren deutschen Geschichte gewann. Daß Hitler auch nur von der Existenz dieser Theorie wußte, ist unwahrscheinlich; der „Führer“ bezog seine Ansichten über russische Dinge von Alfred Rosenberg, aber was Rosenberg zu diesem Thema zu sagen hatte, war reiner Hehn — häufig sogar in wörtlichen Zitaten. Victor Hehn, Naturwissenschaftler und Historiker, ist heute nur noch als Verfasser einer sehr gelehrten Geschichte der „Haustiere im Römischen Reich“ sowie einiger anderer Monographien bekannt. Hier interessiert uns ein posthum erschienenenes Werk mit dem Titel *De Moribus Ruthenorum* (Ein Beitrag zur Charakterisierung der russischen Volksseele: Tagebuchblätter 1857 bis 1873). Hehn hatte als junger Mann viele Jahre in verschiedenen Teilen Rußlands zugebracht und nichts dort gefunden, was ihm Bewunderung entlockt hätte. Das berühmte kritische Werk des Marquis de Custine liest sich im

Vergleich zu Hehn wie der Prospekt eines Reisebüros, das sich bemüht, das sonnige, faszinierende Rußland dem restlichen Europa zu „verkaufen“. Auch andere zeitgenössische Schriftsteller kritisierten die russische Regierung und die herrschenden Schichten, aber Hehn gelangte zu der Überzeugung, daß auch an der Legende des angeblich unverdorbenen einfachen Mannes nichts sei. Dem Russen, so betonte er immer wieder, fehle Idealismus und Tiefe der Empfindung und des Gemüts. Sogar der begabte Puschkin ahme nur nach; seine Werke, denen es an moralischer Tiefe fehle, seien durch einen Schuß Frivolität verdorben. Der uralte Despotismus habe diese „westlichen Chinesen“, die weder Gewissen noch Humor besäßen, entnervt und korrumpiert. Sie hätten keine Ausdauer und seien die größten Lügner der Welt; sie seien unbegabt und hätten noch keinen einzigen Staatsmann von Format hervorgebracht. Es fehle ihnen die einfache Fähigkeit, zwei und zwei zusammenzuzählen; in jeder Notlage verlören sie den Kopf. So bringe es zum Beispiel kein Russe fertig, Lokomotivführer zu werden. Die äußere Erscheinung der Russen gefiel Hehn ebenso wenig wie ihr Charakter, und er verbreitete sich ausführlich über ihre brutalen Gesichter, ihre stumpfe leblose Haut und andere körperliche Merkmale. Die mangelnde Sauberkeit, die überall vorhandenen Flöhe, Unkenntnis der Hygiene — alles brachte ihn zur Verzweiflung. Die Russen, schreibt er an einer Stelle, seien nur in Gegenwart anderer zivilisiert. Sie hätten keine Erfindungen gemacht; man könne sie von der Liste der zivilisierten Nationen ohne jeden Verlust für die Menschheit streichen. (Das ist nur eines seiner *obiter dicta*, das bei Rosenberg und Hitler immer wieder vorkommt.) Weder schöpferisches Genie noch Seele noch Phantasie sei ihnen eigen und sie zeigten die „furchtbare Unfähigkeit eines Volkes, das sich geistig nicht über das Stadium eines deutschen Volksschülers hinaus entwickeln könne“.

Auch der gebildete Russe sei ein elendes Geschöpf und zugleich eine große Gefahr für Europa, denn schließlich gebe es so viele von diesen Slawen. Vielleicht werde eines Tages eine neue Schlacht auf den Katalaunischen Feldern stattfinden: Die Mongolen seien einst bis Schlesien vorgedrungen, warum sollten die Russen nicht eines Tages bis zum Atlantik kommen? Für die russische Freude an geistigen Moden fand Hehn nur sarkastische Worte: Natürlich begeisterten sie sich für jede neue

Idee, wie zum Beispiel den Sozialismus, denn sie hätten weder Tradition noch Wurzeln noch eine eigene Kultur, auf die sie zurückgreifen könnten; ihr gesamter geistiger Besitz sei vom Ausland eingeführt worden. In einem interessanten Abschnitt befaßt er sich mit der „Zukunft des Sozialismus in Rußland“. Sozialismus und Kommunismus, schrieb Hehn, setzten einen sehr hohen Grad sozialer und kultureller Entwicklung voraus, deshalb sei Rußland am allerwenigsten geeignet, ein solches Experiment erfolgreich durchzuführen. Nur barsche Befehle und die Knute könnten den Russen dazu bewegen, Heldentaten zu vollbringen. Hier handele es sich um eine bemerkenswert gestaltlose Masse, die darauf warte, von strengen Herren geformt zu werden — seien es nun die Waräger oder deutsche Korporale. Wie könne Freiheit und Menschlichkeit in diesem moralischen Klima wachsen?

Und so geht es weiter und immer weiter mit dem, wie man rückblickend sagen würde, Gefasel eines Wahnsinnigen, eines deutschen Rassenfanatikers und Chauvinisten. Hehn war jedoch nichts dergleichen, jedenfalls nicht, als er sein Tagebuch schrieb, denn seine Kritik beruhte weitgehend auf seiner Opposition zur zaristischen Autokratie. Auch er hatte zu den verdächtigen revolutionären Elementen gehört, die irgendwann einmal von der „Dritten Abteilung“ verhaftet worden waren. Auch über die Rolle, die seine deutschen Landsleute in Rußland spielten, machte er sich keine Illusionen. In den Augen des russischen Volkes stünden sie, so schrieb er, auf der Seite der blutrünstigen Herrscher, des korrupten Hofes und der obskurantistischen Kirche; sie hätten kein Herz für die Leiden des russischen Volkes. Hehn lebte in einer Zeit, in der „Kultur und Zivilisation“ mehr galten als „Rasse“; der gewaltige kulturelle Abstand zwischen den Deutschen und den Slawen trotz ihrer rassistischen Verwandtschaft verwirrte ihn immer wieder. Gewiß, er hat von der „russischen Degeneriertheit“ viel hergemacht, aber er war nicht der einzige, der das tat. Das waren dunkle Jahre in der russischen Geschichte, als Tschernyschewski sein Land als die „erbärmliche Nation, eine Nation von Sklaven von oben bis unten — alles Sklaven“ bezeichnete. Wenn es um die Analyse der russischen Gesellschaftsstruktur ging, war der Unterschied zwischen Hehn und den russischen Radikalen gar nicht so groß. Der Unterschied lag in der Prognose, denn Hehn sah

überhaupt keine rettenden Eigenschaften und keine Aussicht auf Veränderung und Besserung.

Hehns Ansichten waren klassische, wenn auch extreme Erscheinungsformen der deutschen Russophobie. Es wäre ermüdend, die Äußerungen seiner Nachfolger im einzelnen zu erörtern. Manche, wie die Alldeutschen, ließen sich in erster Linie von dem Gedanken an eine deutsche Expansion nach Osten bis zum Saratowgebiet leiten; andere wie Paul Rohrbach nannten sich Liberale und befürworteten die „Zerlegung des russischen Kolosses“ in seine natürlichen historischen und volksmäßigen Bestandteile. Rußland, so behauptete Rohrbach, könne man wie eine Apfelsine ohne Schnitt und ohne Wunde aufteilen, und es werde, anders als Deutschland oder Frankreich, dennoch am Leben bleiben. Ein früher Sexualforscher namens Stern veröffentlichte zwei riesige Bände über das, was sich während des langen Winters hinter den Öfen in den „isbas“ der russischen Dörfer abspiele und lieferte damit denen Munition, die glaubten, Europa ende bei Ostrowo und Augustowo. Während des Ersten Weltkrieges gab es in Deutschland einen neuen Ausstoß von Schriften dieser Art, sowohl auf literarischer wie auf politischer Ebene, dem in russischen Zeitschriften das Schlagwort „Von Kant bis Krupp“ entsprach. Die Literaten versuchten, wie Politiker zu schreiben, während die Politiker sich wie Dostojewski-Jünger gerierten. Es wurde viel von den Imponderabilien der „russischen Seele“, von der tiefen instinktiven „Ablehnung der romanisch-germanischen Kultur“ geredet und von der nebelhaften *folie de grandeur*, die jeder Russe angeblich im Blute habe. Niemand erklärte, was das alles heißen sollte, außer daß es sich um etwas Aggressives, Zerstörerisches und Gefährliches handele.

Viele dieser halbausgegorenen Ideen wurden später von nationalsozialistischen Schriftstellern übernommen und vereinfacht. Ihr einziger neuer — von H. S. Chamberlain entliehener — Beitrag war der Begriff des „Rassenmischmasches“: Irgendwie hatte sich Rußland auf Grund seiner minderwertigen Rassenmischung selbst in diese unglückliche Lage hineinmanövriert. Die Russophobie blieb, nur die ideologische Rechtfertigung wurde abgewandelt. Die „kulturelle“ Sendung Deutschlands von 1914 wurde 1941 zu einer „rassistischen“ Sendung.

Die Roten und die Braunen

In den meisten europäischen Ländern gab es und gibt es auch heute Philosophen, Historiker und Dichter, die heftige, von persönlichen Abneigungen gefärbte Ansichten über ihre Nachbarn hegen. Entscheidend war (und ist) nur, wie groß war ihre Bedeutung? Im wilhelminischen Deutschland spielten sie tatsächlich eine Rolle. Schiemann, Hehns Schüler und Herausgeber seiner Werke, war zugleich der engste Berater des Kaisers in russischen Fragen. Als Wilhelm II. den Thron bestieg, erklärte er, er wolle keinen Krieg mit Rußland, „nur um hundert verrückte Junker zufriedenzustellen“. Aber in seinen späteren Jahren war er immer mehr davon überzeugt, daß der Krieg zwischen Slawen und Germanen unvermeidlich und nur eine Frage der Zeit sei. Zu diesem wachsenden Gefühl der Unvermeidbarkeit trugen die deutschen Russophoben wesentlich bei. Ihre Saat ging auf unter Adolf Hitler, als der Zusammenstoß zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus dem uralten Konflikt zwischen Germanen und Slawen eine neue Dimension hinzuzufügen schien.

Dazwischen lag eine hoffnungsvollere Zeit. Während der Weimarer Republik waren die Beziehungen zwischen den beiden Ländern freundlicher als je zuvor oder danach. Gewiß, Deutschland war noch immer kapitalistisch, aber es besaß die beste und stärkste kommunistische Partei der Welt. Versailles hatte, wie einige Rechtsstehende sich ausdrückten, Deutschland auf den Status „einer proletarischen Nation ... ganz ähnlich wie Sowjetrußland“ herabgedrückt. Was lag näher, als eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern? Das Ergebnis war Rapallo — ein bedeutungsschwerer Name bis auf den heutigen Tag (obwohl seine eigentliche politische Bedeutung gering war, ähnlich wie ein Ehevertrag, der nur zum Teil vollzogen wird). Deutschland blieb nicht lange eine Proletari- oder Parianation. Wenige Jahre später wurde die „Ostorientierung“ in den Augen der meisten deutschen Außenpolitiker zu einer Belastung. Stalin jedenfalls konnte Stresemann nicht zu dem verhelfen, was er von London und Paris haben wollte. In Deutschland entwickelte sich Widerstand gegen eine Annäherung an Moskau. Die Sozialdemokraten grollten im Gedanken an das, was ihren Genossen in der Sowjetunion geschehen war, und die ständigen Angriffe der Kommunisten gegen sie machten sie nicht zur größeren Freundlichkeit

geneigt. Die Kirchen fühlten sich vom sowjetischen Atheismus abgestoßen. Deutsche Industrielle machten sich Sorgen um ihre Gewinne und um die Zukunft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im allgemeinen. Allerdings bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee, und auch die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern blühten. Eine neue Welle der Rußland-Begeisterung erfaßte die deutschen Intellektuellen; der Film *Panzerkreuzer Potemkin*, der Fünf-Jahres-Plan, Prokofieffs „Die Liebe zu den drei Orangen“, alles wurde begierig aufgenommen und diskutiert. Karl Radek schrieb für erzkonservative Zeitungen wie das „Berliner Tageblatt“. Viele sowjetische Romane wurden gleich nach ihrem Erscheinen in Moskau ins Deutsche übersetzt und fanden, ebenso wie sowjetische Filme und Theaterstücke, begeisterte Aufnahme. Der sowjetische Handel mit Deutschland war sehr viel ausgedehnter als der wirtschaftliche Austausch der Sowjetunion mit jedem anderen Land. Aber wieviel guten Willen erzeugte er? Eifrige Exporteure behaupten auch heute, der Außenhandel steigere die Aussichten für den Weltfrieden. Ich habe jedoch den Verdacht, daß er in dieser Hinsicht ungefähr soviel leistet wie internationale Fußballspiele. Der Handel zwischen Rußland und Deutschland ist am stärksten gewesen am Vorabend eines Krieges oder einer ernststen internationalen Krise — 1913/14, 1932 und 1940/41. *Absit omen!*

Die russischen Kommunisten hatten, wie Lenin einmal sagte, zu Deutschland eine besondere Beziehung. Schließlich waren Marx und Engels Deutsche. Vor 1914 hatten die Russen zur deutschen kommunistischen Partei als der fortschrittlichsten in der Internationale aufgeblickt. Die Sowjetführer mochten zwar die deutschen Sozialdemokraten späterer Zeiten nicht und versuchten, wo es ging, lieber mit rußland-freundlichen Konservativen zu verhandeln. Das war von ihnen aus gesehen sinnvoll, denn ein Graf Brockdorff-Rantzau würde ihnen keine Lektionen über die Vorzüge der Demokratie und die Notwendigkeit der Freiheit in einer sozialistischen Gesellschaft erteilen. Was Hitler und den Nationalsozialismus betrifft, so haben die Russen anscheinend erst viel zu spät begriffen, worum es eigentlich ging. Im Jahre 1930 waren sie

fest überzeugt, Hitler sei „erledigt“ (die Bourgeoisie brauche ihn nicht mehr und habe sich seiner Dienste entledigt, oder so ähnlich hieß es in der *Großen Sowjet-Enzyklopädie*). Zuerst bezeichneten sie den Nationalsozialismus als „eine radikale kleinbürgerliche Bewegung“, später als die „Prätorianergarde des Monopol-Finanzkapitalismus“. Selbst ein so erfahrener Beobachter wie Radek glaubte nicht, daß Hitler wirklich Erfolg haben könne; seine Reden enthielten „keine Tatsachen und Zahlen“, sondern nur „hemmungslose Gefühle“. Das könne doch nicht gut genug sein für so differenzierte, gebildete Leute wie die Deutschen! Die Sowjetführer spürten nie die enorme Anziehungskraft eines auf die Spitze getriebenen Nationalismus und konnten nicht begreifen, daß Hitler niemandes Schutzmann, Diener oder Werkzeug war. Selbst als Moskau erkannte, daß Hitler nichts Gutes im Schilde führe, gelang es den Sowjetführern überhaupt nicht, das, was sie den „deutschen Faschismus“ nannten, realistisch einzuschätzen; sie glaubten, es handele sich um eine neue, modernisierte Ausgabe des wilhelminischen Imperialismus. In der UdSSR wurden zahlreiche marxistisch-leninistische Arbeiten über weit entlegene Länder veröffentlicht, in denen es kaum eine Arbeiterklasse, geschweige denn eine kommunistische Partei gab, wollte man aber ein sowjetisches Buch nennen, das sich mit einer Analyse des Nationalsozialismus befaßte, so geriete man in Schwierigkeiten. Stalin gab seinen Ideologen keine Anleitung und griff Hitler persönlich nie an; auch in bezug auf den Nationalsozialismus war er merkwürdig zurückhaltend. Nach Abschluß des deutsch-russischen Abkommens von 1939 mußten antinationalsozialistische Filme und Bücher aus dem Handel gezogen werden, was die Verwirrung nur erhöhte. Über das neue Reich wußten die Russen so gut wie nichts. Die Deutschen kannten sie schon seit langem — ein nüchternes, fleißiges, wenn auch ein wenig langweiliges Volk. Während des Ersten Weltkrieges hatten Teile von Rußland eine deutsche Besatzung gehabt — aber das war kein besonders schreckliches Erlebnis gewesen. Auf das, was nun kam, waren die Russen psychologisch und politisch völlig unvorbereitet.

Wenn Stalin Hitler falsch einschätzte, so hegte Hitler die phantastischsten Vorstellungen vom „jüdischen Bolschewismus“. Natürlich glaubte er keinen Augenblick an den ganzen Unsinn über Sozialismus, Wirtschaftsplanung, historischen Materialismus, Klassenkampf und Kollektivierung. Das waren für ihn Phrasen,

ein Rauchschleier, der das wahre Motiv und die treibende Kraft verdecken sollte — nämlich die gigantische Verschwörung des „rassischen Abschaums der Menschheit“ gegen die „arische“ Rasse. Die nationalsozialistische Presse lieferte dazu das nötige Material. Aus der Leiche des Bischofs von Woronesch sei Suppe gekocht worden, und die Tscheka habe die Mönche des dortigen Klosters gezwungen, sie zu essen. Ein Denkmal sei zu Ehren von Judas Ischariot errichtet worden. Fünfzig bis ziebzig Prozent der kommunistischen Führer litten an Syphilis. Trotzki sei ein Denunziant der zaristischen Polizei und später Direktor eines Möbeltransportunternehmens in Petrograd gewesen. Stalin sei früherer Hafendarbeiter in Tiflis gewesen ¹⁾.

Gelegentlich nahm Hitler den Bolschewismus ernster. In einer Rede im Jahre 1932 sagte er voraus, die kommunistische Weltanschauung werde allmählich die ganze Welt erschüttern und sie, wenn man ihr nicht in den Weg trete, ebenso vollständig ändern, wie es das Christentum getan habe. Es handele sich dabei nicht nur um verschiedene „Produktionsmethoden“. „Wenn die Bewegung sich weiter entwickelt, wird Lenin in 300 Jahren nicht nur als einer der Revolutionäre von 1917, sondern als Gründer einer neuen Weltlehre angesehen und vielleicht ebenso angebetet werden wie Buddha ...“ Aber diese apokalyptischen Gesichter dauerten nie lange und wichen bald Hitlers üblicheren selbstsicheren Verwirrungen. In gewisser Hinsicht bedauere er den Sieg des Bolschewismus in Rußland nicht (so sagte er), denn dadurch sei es leichter, die große Aufgabe, die das Schicksal des deutschen Volkes sei, auszuführen — nämlich die Ausdehnung nach Osten. Der Bolschewismus werde, wenn ihm einmal eine überlegene politische und militärische Macht entgegentrete, wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen. Die Sowjetunion sei eine Verlängerung der deutschen kommunistischen Partei, und er, Hitler, werde sie ebenso leicht besiegen, wie er diese vernichtet habe. Einige nationalsozialistische Führer, darunter auch der junge Goeb-

¹⁾ Der Aufstieg Josef Stalins bereitete den Rassenfanatikern einige Schwierigkeiten — denn hatte Stalin nicht die Juden aus der höchsten Führung entfernt? Hier begriffen die Nationalsozialisten, daß sie, wenn sie ihre Äußerungen über Rassenfragen fortsetzten, ihre gesamte Einstellung zum Kommunismus ändern müßten. Das konnten sie aus verschiedenen Gründen nicht; daher der Entschluß, ihren antikommunistischen Feldzug fortzusetzen ohne Rücksicht auf das, was Stalin seinen jüdischen Rivalen angetan hatte.

bels und die Gebrüder Strasser, teilten diese Ansicht über Rußland nicht und setzten sich zeitweise für ein deutsch-russisches Bündnis gegen den Westen ein. Joseph Goebbels hatte 1925 in einem kleinen Buch *Die Zweite Revolution* geschrieben: „Rußland ist ein Verbündeter, den die Natur uns gegen die teuflische Versuchung und Korruption des Westens gegeben hat ...“ Er habe nicht die geringste Absicht, sich dem Chor der bürgerlichen Lügner und Nichtwisser, die Sowjetrußland diffamierten, anzuschließen. Zum Schluß siegten aber, wie üblich, Hitlers Wünsche und Visionen. Die nationalsozialistische Presse brachte täglich Meldungen über den bevorstehenden Sturz des Sowjetregimes auf Grund seiner Untüchtigkeit, Korruption und selbstzerstörerischen Haltung. Die nationalsozialistische

Sowjetologie hatte nur eine einzige Aufgabe — die jüdische Abstammung aller bolschewistischen Führer nachzuweisen. Bei Karl Marx war das nicht besonders schwierig, aber der Fall Wladimir Iljitsch Lenin war schon komplizierter²⁾, und bei Dshugaschwili-Stalin und den meisten seiner Handlanger wurde das Unternehmen außerordentlich schwierig. Aber diese Leute waren erfinderisch. Keren-ski war ein Jude (Kirbis) und wenn man den Namen Lunatscharski ins Deutsche „zurück-übersetzte“, so lautete er „Mondschein“!

Insgesamt war Rußland also ein Land, das vom „rassischen Abschaum“ beherrscht wurde und deshalb zum Untergang verurteilt war. Den Nazis stand 1941 eine große Überraschung bevor.

Hindernisse auf dem Wege zur Verständigung

So hat auf den deutsch-russischen Beziehungen ein Fluch gelegen. Manche sagen, Nikita Chruschtschows Bemühungen, ihn zu lösen, seien verfrüht gewesen. Jetzt ist, wie man kaum zu sagen braucht, die Zeit günstiger als je zuvor. Zwar haben die Kriegsjahre den Russen einen tiefen Schock versetzt, aber das ist zwanzig Jahre her und die Russen sind schlechte Hasser. Sie sehen allmählich ein, daß ihre Voraussagen über das Nachkriegsdeutschland sich *nicht* erfüllt haben; der Nationalsozialismus ist *nicht* wieder aufgelebt; der „revanchistische Angriff auf den Osten“ hat *nicht* stattgefunden. Was die militärische Stärke der Bundesrepublik, die Stärke eines Kleinstaates, betrifft, so sind die Reaktionen der Russen — vielleicht verständlicher Weise — durch die beinahe erlittene Niederlage von 1941 bedingt. Sie haben die militärische Bedeutung des neuen Deutschland im Zeitalter der nuklearen Super-Mächte lächerlich übertrieben. Erst seit kurzem beginnen sie einzusehen, daß Rußland und Deutschland seit 1945 sich machtpolitisch in verschiedenen Größenordnungen bewegen und daß es für Bonn keine Möglichkeit des Aufstiegs gibt; militärisch wie politisch ist die Bundesrepublik keine Großmacht mehr.

Die westdeutsche Einstellung zu Rußland ist, glaube ich, in den letzten zwei Jahren freundlicher geworden. Dr. Adenauer wußte, daß Rußland „kein Freund des Westens“ ist; im übrigen zog er es vor, ein Thema, das ihn im Grunde nicht interessierte, zu ignorieren. Für

seine Landsleute war Rußland mehr denn je ein finsternes, in geheimnisvolles Dunkel gehülltes Rätsel. Millionen Deutsche waren während des Krieges in Rußland, und die Armut und das Elend, das sie dort sahen, erweckten den Eindruck, als seien die nationalsozialistischen Schlagworte vom slawischen „Untermenschen“ wohl fundiert. Dennoch ließ sich nicht leugnen, daß die Russen heldenhaften Widerstand leisteten, große Fähigkeiten zur Improvisation an den Tag legten und sogar Waffen entwickelten, die manchmal besser waren als alles, was der Wehrmacht zur Verfügung stand. Die Ereignisse der Nachkriegszeit machten die Russen in Deutschland nicht beliebt; außerdem bestand das Problem der restlichen Kriegsgefangenen und vor allem das des geteilten Deutschlands.

Wir wollen gegen Konrad Adenauer nicht ungerecht sein; zu Zeiten von Stalins Rußland hätte es nicht viel ausgemacht, ob sein Verständnis für die „russische Frage“ feiner entwickelt gewesen wäre. Mitte der fünfziger Jahre setzten jedoch gewisse Veränderungen in der Sowjetunion ein, die die deutsche Öffentlichkeit bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit ganz und gar außer acht gelassen hat.

²⁾ Louis Fischers vor kurzem erschienene Biographie Lenins enthält eine kritische Bewertung des gesamten Beweismaterials über Lenins Großvater mütterlicherseits, eines Arztes namens Blank, der wahrscheinlich die Grundlage für die Geschichte über Lenins „jüdische Abstammung“ bildet.

Denn in Westdeutschland bedeutet „Bolschewismus“ oder das „kommunistische Regime“ fast immer die ostdeutsche DDR oder, wie sie lieber sagen, die „Sowjetische Besatzungszone“. Was dort geschieht, überschattet in deutschen Augen alles, was sonst im kommunistischen Machtbereich vor sich geht. Das mag eine verständliche Reaktion sein, aber sie ist nicht geeignet, zu einer ausgewogenen Meinung über die politische Lage in Europa und in der Welt zu führen.

Ostdeutschland ist, darüber sind sich alle einig, der ärgerlichste der osteuropäischen Satellitenstaaten. Die wirtschaftliche Lage hat sich gebessert, aber es sind, anders als in allen osteuropäischen Ländern, keine Konzessionen an die Bedürfnisse und die Meinung des Volkes gemacht worden. Statt dessen kam die Mauer — geradezu ein Symbol des Scheiterns. Ulbricht und seine Genossen werden infolgedessen jetzt als „harte Stalinisten“ angesehen. Aber trifft das wirklich genau zu? Unter günstigeren Verhältnissen hätte er sicher versuchen können, die Rolle eines Novotny oder Georgiu Dej, wenn nicht eines Janos Kadar zu spielen. Aber diese Verhältnisse bestehen nicht; drei Viertel Deutschlands liegen außerhalb seines Machtbereichs und üben eine ungeheure Anziehungskraft auf die große Mehrheit der Angehörigen seines Staates aus. Unter diesen Umständen muß die kommunistische Herrschaft in Ostdeutsch-

land entweder eine Unterdrückungsherrschaft sein oder sich auflösen. Ulbricht und seine Mitarbeiter haben sich bitter beschwert über die Kritik, die seine osteuropäischen Genossen, in deren „revisionistischen“ Augen er zu einer immer stärkeren Belastung geworden ist, an seiner Politik geübt haben. Sie können sich wohl liberale Gesten leisten, aber wie soll er in seiner exponierten Lage „die Hauptlast einer kapitalistischen Durchdringung“ ertragen? Das ist die offizielle Psychologie Ost-Berlins.

Ostdeutschland bleibt also das große Hindernis auf dem Wege zu jeder „russisch-deutschen Annäherung“. Manche westliche Beobachter (und natürlich auch die Chinesen) haben erklärt, Chruschtschow sei bereit gewesen, „im Rahmen einer umfassenderen Lösung“ Ostdeutschland aufzugeben. Das gleiche wurde damals von Stalin und 1953 von Berija gesagt. Ich glaube, die Behauptungen sind nachweislich falsch. Angesichts der chinesischen Bedrohung wollte Chruschtschow die Lage in Mitteleuropa „normalisieren“. Aber konnte er das um diesen Preis? Die deutsche Frage betrifft alle europäischen Nachbarn Deutschlands. Ein geeintes Deutschland — selbst wenn es neutral oder sogar kommunistisch wäre! — wäre in den Augen Polens und der Tschechoslowakei eine starke Bedrohung. Chruschtschows Nachfolger befinden sich in ungefähre dem gleichen Dilemma.

Eine noble Vision

Wie wird das Ganze wahrscheinlich ausgehen? Jedenfalls wird es kein neues „Tauroggen“, kein neues „Rapallo“ geben, denn es gibt keinen gemeinsamen Feind, gegen den sich Rußland und Deutschland heute verbünden könnten. Die Westdeutschen sind immer noch überzeugt, daß die Vorstellung eines geteilten Vaterlandes zwar unerträglich sein mag, gar kein Vaterland zu haben aber noch schlimmer wäre. Das beste, was man in dieser neuen Phase deutsch-russischer Beziehungen erhoffen kann, ist also eine Übereinkunft, in Berlin die Dinge ruhen zu lassen oder einen neuen *modus vivendi* zu finden, der für beide Seiten annehmbar ist. Ulbricht, der bald in den Ruhestand versetzt werden dürfte, wird in absehbarer Zukunft durch einen Erich Honecker oder Willi Stoph ersetzt werden. Wieviel wird sich dann ändern? Der Handel zwischen beiden Teilen des Landes könnte ausgedehnt

und einige kleinere Fragen könnten fruchtbringend besprochen werden. Aber für ein Manövrieren in den Hauptfragen besteht nicht viel Raum. Breschnjew mag, wie Jupiter, von sich sagen: *Me quoque fata regunt* (sein Vorgänger hätte wohl ein erdgebundeneres ukrainisches Sprichwort dem Vers Ovids vorgezogen!).

Gibt es kein Entrinnen vor diesem Schicksal? Sind die Russen und die Deutschen dazu verurteilt, ebenso wie in der Vergangenheit auch in Zukunft Feinde zu sein, wobei die verschiedenen Gesellschaftssysteme dem alten Konflikt neue Schärfe verleihen? Auf lange Sicht betrachtet, sind die Aussichten weniger schwarz, als man auf den ersten Blick meinen könnte, denn der Ablauf der Zeit trägt manchmal zur Lösung auch der schwierigsten Probleme bei oder sorgt wenigstens dafür, daß sie überschaubarere Proportionen annehmen.

Wenn Deutschland und Frankreich das uralte und immer wieder blutbefleckte Kriegsbeil begraben haben, könnten neue weltumfassende Spannungen und Konflikte den Streit in den zentralen und östlichen Teilen des europäischen Subkontinents ebenso kleinlich und sinnlos erscheinen lassen. Werden eines Tages die Mauern fallen und neue Generationen von Russen und Deutschen, unbelastet durch die bitteren Erinnerungen an die Vergangen-

heit, „auf der Suche nach einer besseren Welt“ zusammenarbeiten? Das ist, so glaube ich, eine noble Vision, die nicht nur auf Phantasie beruht. Heute allerdings sind diese neuen Horizonte leider noch nicht einmal sichtbar. Es wird bestenfalls eine sehr langwierige Entwicklung sein, bestenfalls wird man hoffen können, daß die ersten kleinen und zögernden Schritte in dieser Richtung getan werden.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1964/65

Die deutsche Außenpolitik steht im Spannungsfeld zweier Hauptziele: der Erringung der Wiedervereinigung und der Erhaltung des Friedens. Die Wiedervereinigung bedingt eine Veränderung des *status quo* in Zentralmitteleuropa, so wie er unter stillschweigender Billigung von Ost und West zur Grundlage der gegenwärtigen *détente*-Politik geworden ist; die Erhaltung des Friedens bedingt — zumindest nach der sowjetischen Auffassung —

die Einzementierung des *status quo* und damit zugleich die Verfestigung der deutschen Spaltung. Die Formel „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ verdeckt lediglich diese Spannung zwischen den beiden großen Zielen der deutschen Außenpolitik, sie löst sie nicht.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen unterliegen dieser außenpolitischen Situation. Für die deutsche Ostpolitik folgt, daß sie eine relativ geringe Bewegungsfreiheit hat.

I. Die Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 1964

Das deutsch-sowjetische Verhältnis in der ersten Hälfte des Jahres 1964 entwickelte sich zunächst in den gewohnten Bahnen, das heißt, es entwickelte sich überhaupt nicht. Die allgemeine Atmosphäre war frostig. Hierzu zwei Beispiele: Am 1. Februar überreichte der Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft in Bonn, *I. N. Lawrow*, Staatssekretär *Carstens* ein *aide-mémoire*, in dem gegen die angebliche Herstellung von Raketensprengköpfen in der Bundesrepublik protestiert wurde. Am 17. März wurde der Leiter der Wirtschaftsabteilung an der deutschen Botschaft in Moskau, *Heinz Naupert*, ohne Angabe von Gründen zur *persona non grata* erklärt.

Daneben ging der deutsch-sowjetische Dialog weiter. Am 31. Dezember 1963 hatte *Chruschtschow* ein betont gemäßigtes Schreiben an Bundeskanzler *Erhard* gerichtet¹⁾, in dem er ein Abkommen zur friedlichen Regelung territorialer Streitigkeiten zwischen den Staaten anregte. Zur Frage der deutschen Wiedervereinigung bemerkte er, daß „die Frage der Vereinigung selbstverständlich von den Völkern der Staaten selbst und von ihren Regierungen

ohne Einmischung und ohne Druck von außen“ gelöst werden müsse. Während die Befassung der „Regierungen“ mit diesem Problem dem Ulbricht-Regime allerdings ein klares Mitspracherecht zuzuschancen bemüht ist, fehlt in diesem Brief noch die später auftauchende Behauptung, daß die Verschiedenheit der sozialen Systeme in beiden Teilen Deutschlands die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf die deutsche Frage unmöglich mache.

Bundeskanzler *Erhard* antwortete am 18. Februar in konziliantem Ton²⁾, hob aber gleichzeitig hervor, daß der „brutale Akt“ der Berliner Mauer und die Gewalttaten an den Flüchtlingen an der Mauer „den Glauben an eine echte Entspannungsbereitschaft der UdSSR erschweren“. Die Hauptursache der Spannungen in Europa sei die deutsche Teilung, die nur durch die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für das deutsche Volk beseitigt werden könne. Die Sowjetunion nehme gegenüber dem deutschen Volke das „Recht des Stärkeren“ in Anspruch. Die Politik der Bundesregierung sei demgegenüber „Friede, Gerechtigkeit und Selbstbestimmungsrecht in aller Welt; Friede, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für das deutsche Volk“.

¹⁾ Abgedr. in der „Prawda“ vom 4. Januar 1964; deutsch in Europa-Archiv (künftig EA) 19 (1964), S. 23 ff.

²⁾ Abgedr. in EA 19 (1964), S. D 186 f.

Die Tass-Erklärung vom 7. März 1964

Auf diesen pathetischen Appell antwortet die Sowjetunion am 7. März mit einer „autorisierten TASS-Erklärung“, die in äußerst rüdem Ton den bekannten Katalog sowjetischer Vorwürfe gegen die Bundesrepublik aufführt³⁾. Die Erklärung fordert den „Abschluß des deutschen Friedensvertrages“ und die „Normalisierung der Lage in Westberlin“. Der „einzig reale Weg zur Vereinigung“ sei der „Weg von Verhandlungen und Abkommen mit der DDR“. Absolut unbegründet sei die Spekulation der Bundesregierung auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

„Die Spaltung Deutschlands erfolgte nicht nach nationalem, sondern nach sozialem Prinzip, und zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bestehen Unterschiede nicht nationalen Charakters, sondern in der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung dieser Staaten.“

Auch der Westen sei mit dem Bestehen zweier deutscher Staaten einverstanden. Die Teilung Deutschlands widerspräche nicht den nationalen Interessen Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Was West-Berlin anbetreffe, so habe es nie zum Bestand der Bundesrepublik gehört und „wird niemals zu ihm gehören“. Die Note ergёт sich dann in erneuten Vorwürfen des Revanchismus. Die Bundes-

republik wird als „der aggressivste und abenteurerlichste Staat in Europa“ bezeichnet, und es wird behauptet, daß die Bundesrepublik den Zugang zu Kernwaffen fordere.

Bundeskanzler *Erhard* nennt die TASS-Erklärung am 17. März einen „deutlichen Rückfall in die Vulgärpropaganda, die die stalinistische Epoche gekennzeichnet hat“. Das „Bulletin“ der Bundesregierung widerlegt in einer Stellungnahme vom 10. April 1964 die Behauptung von TASS⁴⁾, welche als „propagandistisches Instrument“ apostrophiert wird. Die ungezügelte Polemik beweise nur, daß ihr Argumente fehlten. „Man kann eben Politik nicht durch Beschimpfungen ersetzen.“ Interessant ist an der Stellungnahme, daß sie eine Formulierung enthält, welche die Möglichkeit einer Entschädigung für die Freigabe der sowjetischen Besatzungszone andeutet.

„... Vielleicht fürchtet sie (die Sowjetunion), die Freigabe eines Gebietes, in dem der Kommunismus herrscht, werde der Sowjetunion politische und wirtschaftliche Nachteile bringen. Indessen: Solche Befürchtungen sind unserer Ansicht nach grundlos. Das deutsche Volk und jede gesamtdeutsche Regierung wären bestimmt bereit, dafür zu sorgen, daß der Sowjetunion aus der Wiedervereinigung kein Schaden entsteht.“

II. Der Beistandspakt zwischen der UdSSR und der SBZ vom 12. Juni 1964

Mit dem Abschluß des Beistandspaktes zwischen der UdSSR⁵⁾ und der SBZ vom 12. Juni 1964 treibt die Sowjetunion ihre Bemühungen um die Zementierung des *status quo* in Zentralmitteleuropa ein beträchtliches Stück voran. Die Grundsätze der sowjetischen Deutschlandpolitik erfahren nunmehr ihre vertragliche Fixierung^{5a)}. Der Vertrag erweist sich dabei als ein weiterer Versuch, die „DDR“ völkerrechtlich aufzuwerten — ein Versuch allerdings, der den Westen in keiner Weise

völkerrechtlich bindet⁶⁾. Über den Vertrag vom 20. September 1955 über die Beziehungen zwischen der „DDR“ und der UdSSR geht der Vertrag vom 12. Juni 1964 erheblich hinaus. Der neue Vertrag ist detaillierter. In seinem Mittelpunkt steht die Sicherung der territorialen Integrität der Zone. Das Abkommen von 1955 hatte diese ausgeprägte Tendenz noch nicht. Es enthielt noch einige allgemein gehaltene Bekenntnisse zur Wiedervereinigung⁷⁾. Auch wurde Berlin damals nicht erwähnt.

Andererseits steht der Bündnisvertrag von 1964 erheblich hinter den früheren sowjeti-

³⁾ Abgedr. in EA 19 (1964), S. D 204 ff.

⁴⁾ Nr. 61, vom 10. April 1964, desgl. in EA 19 (1964), S. D 251 ff.

⁵⁾ Wortlaut in EA 19 (1964), S. D 325 ff; russisch in der „Prawda“ vom 13. Juni 1964.

^{5a)} Eine ausführliche Analyse des Vertrages unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten findet sich in meinem Beitrag in EA 19 (1964), S. 503 ff.

⁶⁾ Vgl. die Erklärung der Westmächte vom 26. Juni 1964, abgedr. in EA 19 (1964), S. D 334 ff.

⁷⁾ Text in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik III, Berlin-Ost 1956, S. 280 ff.

⁸⁾ Präambel, Art. 5 und Art. 6.

schen Ankündigungen — im besonderen hinter der sowjetischen Drohung mit einem separaten Friedensvertrag — zurück. Der Vertrag enthält Elemente, die ein gewissermaßen heimliches juristisches Umgehen des angekündigten separaten Friedensvertrages darstellen. Die nunmehr auch urkundlich gewordene Revozierung des Berlin-Ultimeatums von 1958 deutet ebenso wie die frühzeitige Unterrichtung der Westmächte auf die Intention der UdSSR, die Spannungen in der deutschen Frage nicht zu verschärfen.

Zur Frage der Zweistaatentheorie

Die in Artikel 7 aufs neue bekräftigte und durch den Vertrag insgesamt weiter realisierte Zweistaatentheorie ist völkerrechtswidrig⁹⁾. Sie überschreitet nicht nur die völkerrechtlichen Grenzen einer humanitären Intervention und stellt damit eine „innere Aggression“ dar¹⁰⁾, sondern widerspricht auch eigenen Äußerungen der sowjetischen Völkerrechtspublizistik. Die Bildung eines Separatstaates in Mitteldeutschland entspringt nicht einer Politik, die die Wiederherstellung der durch den Nationalsozialismus in Europa zerstörten Friedensordnung zum Gegenstand hat. Sie widerspricht auch der in der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945¹¹⁾ sowie zunächst von der sowjetischen Völkerrechtspublizistik selbst vertretenen Ansicht¹²⁾, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich fortbestehe.

Die Völkerrechtswidrigkeit der sowjetischen Zweistaatentheorie ist dadurch gekennzeichnet, daß sie gegen die Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen — im besonderen gegen das in Artikel 2 Ziffer 7 SVN niedergelegte Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates — verstößt und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt. Der SBZ fehlen die notwendigen staats- und völkerrechtlichen Voraussetzungen der Staatlichkeit¹³⁾, nämlich die originäre Staatsgewalt und der tatsächliche Wille der Bevöl-

kerung, eine völlig neue Staatsform zu errichten¹⁴⁾.

Die Bildung eines mitteldeutschen Separatstaates stellt auch eine Verletzung der UNO-Resolution vom 14. Dezember 1960 dar, in der in Ziffer 6 jeder Versuch, „die nationale Einheit und territoriale Integrität eines Landes ganz oder teilweise zu zerbrechen“ (als) „mit den Zielen und Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen unvereinbar“ bezeichnet wird¹⁵⁾.

Letztlich ist auch auf den Widerspruch zwischen der Verpflichtung zur „Beseitigung des Kolonialismus“ in Artikel 3 des Vertrages und der Zweistaatentheorie hinzuweisen. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat in ihrer Resolution vom 14. Dezember 1960 als kolonialistische Bemühung jeden Versuch bezeichnet, die nationale Einheit und territoriale Integrität eines Landes ganz oder teilweise zu zerstören. In der Konstituierung des sowjetzonalen Separatstaates als einer quasi-sowjetischen Kolonie ist im Widerspruch zu Artikel 3 des Vertrages von 1964 ein Versuch zu sehen, von dem souveränen deutschen Nationalstaat, der ein allgemein anerkanntes Völkerrechtssubjekt ist, einen Teil abzutrennen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Der Vertrag verstößt schließlich auch gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das von der sowjetischen Völkerrechtspublizistik als ein Völkerrechtsgrundsatz von normativem Charakter angesehen wird¹⁶⁾. Daran kann auch die Behauptung *Chruschtschows* nichts ändern, der in seiner Rede auf der sowjetisch-sowjetzonalen Freundschaftskundgebung am 12. Juni 1964 im Kreml ausführte, das Selbstbestimmungsrecht sei auf die deutsche Frage nicht anwendbar und habe mit der Wiedervereinigung Deutschlands nichts zu tun, da es sich hier um ein sozialpolitisches Problem handele, nämlich um zwei Staaten mit ent-

⁹⁾ Im einzelnen vgl. B. Meissner, Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht, Köln 1962, S. 118 ff.

¹⁰⁾ Ebenda S. 119 f., mit weiteren Nachweisen in Anm. 5.

¹¹⁾ Text in: Cornides/Volle, Um den Frieden mit Deutschland, Oberursel 1948, S. 74 ff.

¹²⁾ Anissimow, in: Sovetskoe gosudarstvo i pravo (1949), Heft 5, S. 15 f.

¹³⁾ Hier etwa Schenk, in: Archiv des öffentlichen Rechts 85 (1961), S. 101 ff.; Scheuer, Die Rechtslage des geteilten Deutschlands, Frankfurt a. M./Berlin 1960, S. 39 ff.; Stein, in: Archiv des öffentlichen Rechts (1961), S. 363 ff.

¹⁴⁾ Meissner, Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht, a.a.O., S. 123.

¹⁵⁾ Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung vom 14. Dezember 1960, abgedr. in: Yearbook of the United Nations (1960), S. 49 f.

¹⁶⁾ Barsegov, Territorija v mezhdunarodnom prave, Moskau 1958, S. 74 f. und S. 84 f.

gegengesetzter Gesellschaftsordnung¹⁷⁾. Die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts kann desgleichen auch nicht durch die in der Erklärung der Sowjetregierung vom 18. Juli 1964¹⁸⁾ aufgestellte Behauptung gerechtfertigt werden, „daß die Spaltung des Territoriums des ehemaligen Reiches in die zwei bestehenden deutschen Staaten nicht nach nationalen, sondern nach sozialen Merkmalen vor sich gegangen ist“. Vollends absurd mutet schließlich die sowjetzonale Behauptung an, die strikte Achtung des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Bevölkerung seitens der Sowjetunion werde dadurch erwiesen, daß gemäß Artikel 7 des Freundschaftsvertrages „der Weg zu einem einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staat nur über gleichberechtigte Verhandlungen und eine Verständigung zwischen beiden souveränen deutschen Staaten führt“¹⁹⁾.

Verzicht auf einen separaten Friedensvertrag

Das Abweichen von der sowjetischen Drohung, mit der SBZ einen separaten Friedensvertrag zu schließen, ist im Vertrag von 1964 evident. Dies kommt sowohl in Artikel 9 zum Ausdruck, der das sowjetische Interesse erkennen läßt, die Spannung in Mitteleuropa nicht zu verschärfen, als auch in Artikel 2 Absatz 1, der die SBZ und die Sowjetunion verpflichtet, „für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Normalisierung der Lage in West-Berlin einzutreten“²⁰⁾. Hier ist zum einen der Verzicht der Sowjetunion auf den separaten Friedensvertrag formuliert, wie darüber hinaus auch der *vorläufige* Verzicht auf

die *sofortige* Verwirklichung der beiden Hauptforderungen der Sowjetunion, nämlich der Verzicht auf den Friedensvertrag mit „beiden deutschen Staaten“ und der Verzicht auf die *ausdrückliche* Anerkennung Berlins als einer freien Stadt.

Begrenzte Fortgeltung des Potsdamer Abkommens?

Artikel 9 bringt zum Ausdruck, daß die Rechte und Pflichten aus dem Potsdamer Abkommen „nicht berührt werden“. Diese Formulierung läßt nicht den Schluß zu, daß nach der Auffassung der UdSSR das Potsdamer Abkommen *als Ganzes* fortbestehe, und im besonderen nicht, daß die Viermächteverpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen hinsichtlich der Einheit Deutschlands weiterhin Gültigkeit haben. In der sowjetischen Note vom 27. November 1958 hatte die Sowjetunion sehr energisch betont, daß die Westmächte das Potsdamer Abkommen in mehrfacher Hinsicht grob verletzt und dadurch die „Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates“ unmöglich gemacht hätten; infolgedessen seien „in Deutschland zwei deutsche Staaten entstanden“: „Somit hat die Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die auf die Militarisierung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in den Militärblock der Westmächte gerichtet war, auch die Erfüllung derjenigen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vereitelt, welche die Einheit Deutschlands betreffen“²¹⁾. Angesichts dieser Äußerung ist eine Auffassung möglich, derzufolge nach sowjetischer Ansicht zwar die Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens fortgelten — wie etwa die Ziele der „Ausrottung des Militarismus und Nazismus“, die „Verhinderung jeglicher faschistischen und militaristischen Propaganda“ usw. —, nicht jedoch die ebenfalls im Potsdamer Abkommen niedergelegten Ordnungsprinzipien für Gesamtdeutschland — d. h. die Regelung der deutschen Grenzfrage erst durch den Friedensvertrag und die Verpflichtung zur Wahrung der deutschen Einheit —, welche nach sowjetischer Ansicht durch das vertragsungetreue Verhalten der Westmächte derogiert worden sind.

Gegenüber dieser Auffassung ist energisch zu betonen, daß einseitige sowjetische Erklärungen

¹⁷⁾ Die sowjetzonale Völkerrechtspublizistik ist in diesem Sinne um den Nachweis bemüht, daß in Deutschland mit der Bildung von zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sich auch zwei Subjekte des Selbstbestimmungsrechtes herausgebildet haben, nämlich die Bevölkerung der „DDR“ und die Bevölkerung Westdeutschlands. Arzinger begründet dies mit der Behauptung, daß die Subjekte des Selbstbestimmungsrechtes nicht nur nach nationalen, sondern auch nach sozialen Gesichtspunkten abgegrenzt werden könnten. Vgl. zur sowjetzonalen Diskussion über die Thesen Arzingers B. Meissner, in: Deutsche Außenpolitik Nr. 8, S. 786 ff.

¹⁸⁾ Abgedr. in der „Prawda“ vom 19. Juli 1964; deutsch in „Neues Deutschland“ vom selben Tage.

¹⁹⁾ Herder/Kohl, in: Neue Justiz 18 (1964), S. 387.

²⁰⁾ Vgl. auch die Präambel des Vertrages sowie Abschnitt 2 des Kommuniqués vom 12. Juni 1964 (deutsch in: „Neues Deutschland“ vom 14. Juli 1964, russisch in der „Prawda“ vom selben Tage), die beide gleichfalls nur vom „Abschluß eines deutschen Friedensvertrages“ sprechen (Hervorhebung vom Verf.).

²¹⁾ Note der Regierung der Sowjetunion an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 27. November 1958 zur Lage Berlins. Text in: Dokumente zur Berlin-Frage, München 1962, S. 376 f.

gen die Rechtslage hinsichtlich der aus dem Potsdamer Abkommen fließenden Verpflichtungen über die Einheit Deutschlands natürlich nicht verändern können²²). Damit bleibt die Bedeutung des Potsdamer Abkommens als einer rechtlichen Grundlage erhalten, die dem deutschen Volk die Möglichkeit bietet, auch in Zukunft an die ehemaligen Siegermächte zu appellieren, die *inter partes* übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Wiedervereinigung zu verwirklichen²³).

Die Garantie der „Staatsgrenzen der DDR“

Artikel 4 des Vertrages bezeichnet „die Unantastbarkeit der Staatsgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik“ als einen der „Grundfaktoren der europäischen Sicherheit“. Er bekräftigt die „feste Entschlossenheit“ der Sowjetunion und der SBZ, in Übereinstimmung mit dem Warschauer Pakt die „Unantastbarkeit dieser Grenzen gemeinsam zu gewährleisten“. Diese Beteuerungen stehen in Übereinstimmung mit der generellen politischen Tendenz des Vertrages, die darauf hinausläuft, den *status quo* in der Deutschlandfrage vertraglich zu fixieren, mit anderen Worten, die deutsche Situation im gegenwärtigen Zustand versteinern zu lassen. In diesem Sinne unterstreichen die offiziellen Stellungnahmen in der „DDR“²⁴) und die sowjetzonalen Völkerrechtspublizistik die Bedeutung des Artikel 4²⁵).

Die Erklärung der Westmächte vom 26. Juni 1964 betont demgegenüber zu Recht, daß „die Grenzen dieses sogenannten Staates“ keine Staatsgrenzen sind. Es gebe nur eine „Demar-

²²) In ihrer Antwortnote auf das russische Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 hat die amerikanische Regierung am 31. Dezember 1958 ausdrücklich die „einseitige Aufkündigung“ des Potsdamer Abkommens durch die Sowjetunion zurückgewiesen (Text der Note in: Dokumente zur Berlin-Frage, a.a.O., S. 339 ff.). In ähnlichen Noten vom gleichen Tage haben die französische Regierung und die englische Regierung den gleichen Standpunkt vertreten.

²³) Faust, in: Außenpolitik 15 (1964), S. 541.

²⁴) Vgl. das Memorandum der Regierung der „DDR“ vom 13. Juli 1964 (Fundstelle: Außenpolitische Korrespondenz 8 [1964] Nr. 30, S. 233 f.), die Rede Ulbrichts vor dem Staatsrat der „DDR“ vom 24. Juni 1964 (Fundstelle: Außenpolitische Korrespondenz 8 [1964] Nr. 27, S. 210 ff.) und den Beschluß des Staatsrates vom gleichen Tage (Fundstelle: GBl. der DDR, I, Nr. 8, vom 9. Juli 1964, S. 113 f.).

²⁵) Herder/Kohl, in: Neue Justiz 13 (1964), S. 386 f.; Hänisch/Krüger, in: Staat und Recht 13 (1964), S. 1757 ff.

kationslinie“ und die „Sektorengrenzen“²⁶). Die westliche Erklärung fährt fort, daß auf Grund der Viermächteabkommen, „auf welche in dem Abkommen vom 12. Juli Bezug genommen wird, die endgültige Festlegung der Staatsgrenzen Deutschlands einer Friedensregelung für Gesamtdeutschland vorbehalten bleibt“. Diese Auffassung ist in der sowjetischen Gegenerklärung vom 18. Juli 1964 erwartungsgemäß zurückgewiesen worden²⁷).

Der Status West-Berlins

Artikel 6 bringt die Absicht der beiden Parteien zum Ausdruck, „West-Berlin als selbständige politische Einheit (zu) betrachten“. Diese Klausel ist in gewisser Hinsicht an die Adresse einiger Volksdemokratien gerichtet, nämlich Polens, Rumäniens, Ungarns und Bulgariens, die sich in letzter Zeit bereit gefunden hatten, in Handelsverträgen mit der Bundesrepublik der Einbeziehung West-Berlins in den Geltungsbereich dieser Verträge zuzustimmen.

Die Formulierung des Artikels 6 ist allerdings nicht so eindeutig, als daß sich aus ihr nicht die Möglichkeit ergebe, gegebenenfalls beim faktischen *status quo* hinsichtlich Berlins stehenzubleiben. Artikel 6 ist sehr vorsichtig und weit gefaßt, wie sich zum Beispiel in der Wahl der Formulierung „West-Berlin als selbständige politische Einheit betrachten“ anstelle von „behandeln“ zeigt. Artikel 6 läßt insofern alle Lösungsmöglichkeiten für West-Berlin offen, mit Ausnahme der Inkorporierung West-Berlins in die Bundesrepublik. Er ist ein Musterbeispiel für die sowjetische Kunst, politische Verträge vage zu formulieren — eine Übung, die auch hier der Sowjetunion wieder alle Möglichkeiten einer flexibleren Politik gegenüber West-Berlin offenhält. Im ganzen ist zu sagen, daß die vorsichtige Formulierung des Artikel 6 jedenfalls ein klares Abrücken vom Berlin-Ultimatum von 1958 ausdrückt. Dieser Schluß wird im besonderen auch durch Artikel 2 Absatz 1 unterstützt, der die Sowjetunion und die SBZ verpflichtet, für eine „Normalisierung der Lage in West-Berlin einzutreten“.

Gegenüber der eher vagen Formulierung des Artikels 6 ist das Kommuniqué vom 12. Juni in der Berlin-Frage allerdings viel deutlicher. Hier heißt es: „West-Berlin gehörte niemals und kann niemals zur Bundesrepublik Deutsch-

²⁶) Ziff. 3 der Erklärung (Fundstelle in Anm. 6).

²⁷) Ziff. 6 der Erklärung (Fundstelle in Anm. 18).

land gehören.“²⁸⁾). Diese scharfe Ablehnung der Zugehörigkeit Berlins zum Bund ist des weiteren durch die sowjetische Weigerung bekräftigt worden, die deutsche Ratifikationsurkunde zum Moskauer Atomstopp-Vertrag entgegenzunehmen²⁹⁾). Da die Ratifikationsurkunde die Gültigkeit des Moskauer Vertrages auch auf West-Berlin bezieht, erklärte der sowjetische Außenminister *Semjonow*, die Sowjetunion könne eine solche Urkunde nicht annehmen, da die Bundesregierung darin versuche, ihre „ungesetzlichen Ansprüche auf West-Berlin“ vorzubringen. West-Berlin sei eine eigene politische Einheit. Die Bundesregierung sei nicht berechtigt, für West-Berlin zu sprechen. Die Bundesregierung hat diese Abweisung als Verstoß gegen die der Sowjetunion als Depositarmacht obliegenden völkerrechtlichen Verpflichtungen bezeichnet³⁰⁾, da da die Bundesregierung das Land Berlin auf Grund von völkerrechtlichen Vereinbarungen mit den drei Westmächten und auf Grund einer von der alliierten Kommandantura für Berlin getroffenen Entscheidung sowie auf Grund der Anerkennung seitens der „überwältigenden Mehrheit aller Staaten der Welt“ rechtmäßig nach außen vertrete.

Diese Auffassung, die auch die Auffassung unserer westlichen Verbündeten ist, ist allerdings bereits in der Diskussion um Artikel 6 des sowjetisch-sowjetzonalen Freundschaftsvertrages von der Sowjetunion zurückgewiesen worden. Die Westmächte hatten in ihrer Erklärung vom 26. Juni 1964³¹⁾ seinerzeit geltend gemacht, daß die am 23. Oktober 1954 erfolgte westalliierte Genehmigung der Herstellung enger Verbindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik — welche die Erlaubnis einschloß, die Vertretung Berlins nach außen wahrzunehmen — mit dem Viermächtestatus der Stadt vereinbar sei. Demgegenüber erklärte die Sowjetunion am 18. Juli 1964,

²⁸⁾ Desgl. die an die USA, Großbritannien und Frankreich gerichteten sowjetischen Protestnoten vom 25. Juni 1964, die die Wahl des deutschen Bundespräsidenten in Berlin verurteilten (russisch in der „Prawda“ vom 27. Juni 1964, deutsch in der „Außenpolitischen Korrespondenz“ 8 [1964] Nr. 26, S. 203 f.). Vgl. hier auch das sowjetzonale Memorandum vom 13. Juli 1964 (Fundstelle in Anm. 24), in dem es u. a. heißt: „West-Berlin, das rechtens zum Gebiet der DDR gehört...“.

²⁹⁾ FAZ vom 30. November 1964.

³⁰⁾ Erklärung vom 30. November 1964, abgedr. im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 176, vom 2. Dezember 1964, S. 1625.

³¹⁾ Fundstelle in Anm. 6.

die Westmächte untergraben mit dieser Handlungsweise jene Grundlagen, „auf die sie sich zur Rechtfertigung des weiteren Aufenthaltes ihrer Besatzungstruppen in West-Berlin berufen“³²⁾).

Ein gezielter Versuch, einen besonderen Status für West-Berlin gegenüber dem Westen durchzusetzen, muß schließlich in den sowjetischen Bemühungen vom Dezember 1964 gesehen werden, den Viermächte-Status von Berlin für West-Berlin wiederaufleben zu lassen. Dieser Versuch ist allerdings von den Westmächten insofern vereitelt worden, als sie in ihrer Antwort an die sowjetische Seite klargestellt haben, daß die zu erörternden Fragen im Rahmen des Viermächtestatus das *ganze Berlin* und nicht nur die West-Sektoren betreffen müßten³³⁾).

Die alliierten Zugangsrechte nach West-Berlin

Artikel 9 übernimmt als „zweiseitiges Abkommen“ auch das Regierungsabkommen zwischen der Sowjetunion und der „DDR“ vom 20. September 1955³⁴⁾, in dem es unter Ziffer 2 heißt: „Die Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der in West-Berlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Englands und der USA zwischen der deutschen Bundesrepublik und West-Berlin wird gleichzeitig bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens vom Kommando der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland ausgeübt“. Die sowjetische Verantwortung für den alliierten Berlinverkehr wird also durch den Freundschaftsvertrag von 1964 nicht berührt. Der Erklärung der Westmächte vom 26. Juli 1964, die nochmals ausdrücklich feststellt, daß ein Abkommen, „das die Sowjetunion mit der sogenannten DDR abschließt, die sowjetischen Verpflichtungen oder Verantwortlichkeit aus Abkommen und Abmachungen mit den drei Mächten über Deutschland einschließlich Berlins und des Zugangs Deutscher nicht berühren kann“, ist in der Erklärung der Sowjetregierung vom 18. Juli 1964 hinsichtlich der Zugangsrechte nicht widersprochen worden.

³²⁾ Ziff. 7 (Fundstelle in Anm. 18).

³³⁾ Vgl. die Süddeutsche Zeitung vom 21. Dezember 1964 und die New York Times vom gleichen Tage.

³⁴⁾ Briefwechsel zwischen dem sowjetischen stellvertretenden Außenminister W. A. Sorin und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Lothar Bolz. Text in: Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik III, Berlin-Ost 1956, S. 283 f.

Bei den Moskauer Bedenken gegen die MLF spielte die Beteiligung der Bundesrepublik an dieser interalliierten Streitmacht auch im Jahre 1964 eine besondere Rolle. Die sowjetische Polemik gegen die deutsche Beteiligung erreichte einen Höhepunkt in den sowjetischen Noten an die beteiligten NATO-Mächte vom 11. Juli und in einer ähnlichen Note an die Bundesrepublik vom gleichen Tage³⁵⁾, in denen der Bundesrepublik u. a. vorgeworfen wurde, ihre militaristischen Kreise strebten nach einer dominierenden Stellung in der MLF und nach dem entscheidenden Stimmrecht beim Einsatz der Kernwaffen. Dies sei „die größte Verletzung der internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik . . . , die sich für sie aus der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands, aus der Deklaration über die Niederlage Deutschlands und aus anderen gültigen internationalen Abkommen ergeben“. Auch nach dem Sturz *Chruschtschows* verstummte diese Polemik nicht. Nachdem schon *Breschnew* in seiner Rede vom 6. November sich gegen die MLF gewandt hatte, die den Zugang der Bundeswehr zu Atom-

waffen bedeute, wiederholte eine TASS-Erklärung vom 13. November noch einmal die alten Vorwürfe³⁶⁾. Am 3. Dezember griff *Breschnew* die Bundesrepublik in dieser Angelegenheit erneut sehr scharf an.

Die sowjetischen Vorwürfe sind in einer Note der Bundesregierung vom 2. September beantwortet worden³⁷⁾. Nach einem Hinweis auf die starke Atombewaffnung der Sowjetunion und auf den multilateralen Charakter der MLF beruft sich die Bundesregierung auf das souveräne Recht „zur kollektiven und individuellen Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff“, welches auch die Vorbereitung dieser Verteidigung einschließe. Mit der Kapitulation der Wehrmacht im Jahre 1945 habe das deutsche Volk keineswegs für alle Zeiten auf das Recht der Selbstverteidigung verzichtet. Auch die Demilitarisierungsbestimmungen der vier Siegermächte seien bereits vor mehreren Jahren außer Wirksamkeit gesetzt worden, „nachdem die UdSSR schon lange vorher in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands deutsche bewaffnete Verbände aufgestellt hat“.

IV. Das Passierscheinabkommen vom 24. September 1964

Gegenüber der MLF fand das neue Passierscheinabkommen den Beifall der Sowjetunion, die hierin einen „Beitrag zur Normalisierung der Lage in Deutschland“ sehen will. Nach siebenmonatigen zähen Verhandlungen wurde am 24. September mit Zustimmung der Bundesrepublik die neue Passierschein-Vereinbarung zwischen dem West-Berliner Senatsrat *Korber* und dem Zonenstaatssekretär *Wendt* unterzeichnet. Senatsrat *Korber* unterzeichnete wie bereits in der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 mit der Formel „auf Weisung des Chefs der Senatskanzlei, die im Auftrag des regierenden Bürgermeisters von Berlin gegeben wurde“, Zonenstaatssekretär *Wendt* unterschrieb „auf Weisung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der ‚DDR‘“.

Das neue Abkommen enthält gegenüber der Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 eine Reihe von Verbesserungen, die eine Anerkennung des Zonenregimes ausschließen sollen. Die Beanstandungen gegen die Dezember-

Vereinbarungen waren dreifacher Natur gewesen:

1. Das Protokoll war von *Korber* als dem Vertreter West-Berlins unterzeichnet und erst später von der Bundesregierung genehmigt worden. An den Verhandlungen hatte der Bund keinen Anteil. Es war deshalb geltend gemacht worden, daß der West-Berliner Senat den Grundsatz der Vertretung Berlins durch die Bundesregierung aufgegeben habe. Damit war zugleich die westdeutsche Auffassung gefährdet, daß West-Berlin ein Teil der Bundesrepublik sei.
2. Es war befürchtet worden, daß die Präsenz sowjetzonaler Postbeamter auf West-Berliner Boden als Agenten der „DDR“ die Anerkennung der SBZ durch die West-Berliner Regierung impliziere.

³⁶⁾ FAZ vom 16. November 1964.

³⁷⁾ Abgedr. im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 137, vom 8. September 1964, S. 1279, sowie in EA 19 (1964), S. D 451 f.

³⁵⁾ Abgedr. in EA 19 (1964), S. D 449 ff.

3. Es war beanstandet worden, daß die Antragsformulare die Bezeichnung „Hauptstadt der DDR“ enthielten, was als eine Art Anerkennung des Zonenregimes gelten könne.

Das neue Abkommen räumte diese Bedenken größtenteils aus. Im besonderen wurde es im Einvernehmen und in ständiger Unterrichtung des Bundes verhandelt. Das Bundeskabinett billigte den Abschluß *vorher*, und das Einverständnis wurde vom regierenden Bürgermeister zuvor durch einen Brief *Erhards* am 23. September 1964 mitgeteilt³⁸⁾. Neben den Postangestellten aus Ost-Berlin wurden jetzt auch West-Berliner Postbeamte im Verhältnis 50 zu 50 tätig. Die Antragsformulare enthielten nunmehr außer der Bezeichnung „Hauptstadt der DDR“ auch einen Hinweis darauf, daß eine Einigung über die Orts-, Behörden- und Amtsbezeichnungen nicht erzielt werden konnte³⁹⁾.

V. Chruschtschows Fall

Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen hatten sich in der zweiten Jahreshälfte mit der Erwartung des Besuches *Chruschtschows* in der Bundesrepublik verbunden. *Chruschtschows* Sturz dämpfte diese Hoffnungen zunächst. *Chruschtschows* Auffassung zum Deutschlandproblem scheinen bei seinem Sturz keine besondere Rolle gespielt zu haben, wenn auch der Besuch *Adschubejs* in der Bundesrepublik unter den Anklagepunkten gegen *Chruschtschow* auftaucht.

Hierbei handelt es sich aber mehr um den Ablauf dieses Besuches, der Kritik hervorgerufen hat, als um die Generallinie der sowjetischen Deutschlandpolitik. Erinnern wir uns an die Begleitumstände: *Chruschtschow* zeigte seit längerer Zeit ein deutliches Interesse an einem Besuch in Westdeutschland. Unmittelbar nach der Verabschiedung der *Ulbricht-Delegation* am Moskauer Flugplatz nach dem Abschluß des sowjetzonalen-sowjetischen Freundschaftsvertrages empfing er den Botschafter der Bundesrepublik, gleichsam als wollte er damit zum Ausdruck bringen, daß nunmehr auch mit der westdeutschen Seite ein intensiveres Gespräch möglich sei. Diese

³⁸⁾ Abgedr. im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 145, vom 25. September 1964, S. 1341.

³⁹⁾ Der Hinweis besteht in dem Zusatz: „gemäß Protokoll vom...“, der auf dem neuen Antragsformular hinter der Überschrift angebracht ist.

Schließlich hat die Bundesregierung noch in einer besonderen Erklärung zum Ausdruck gebracht⁴⁰⁾, daß „das nicht demokratisch legitimierte Regime der sowjetischen Besatzungszone kein Subjekt des Völkerrechtes“ ist und daß „der Status der deutschen Hauptstadt Berlin durch die Übereinkunft weder berührt noch verändert“ wird. Das gleiche gelte „auch für die engen Bindungen des Landes Berlin an den Bund“. Schließlich haben die drei alliierten Stadtkommandanten in einer Erklärung darauf hingewiesen, daß das neue Passierscheinabkommen in keiner Weise den Status von Berlin berühre.

Damit scheint der kommunistischen Dreistaatenthese wirksam entgegengetreten worden zu sein.

Tendenz wurde unterstrichen, als *Chruschtschow*, der anschließend seine Skandinavienreise antrat, beim Passieren der Ostsee ein betont freundliches Telegramm an den Bundeskanzler und an die Bevölkerung Westdeutschlands richtete. Zugleich nahm man sowjetischerseits in Moskau Kontaktfäden auf, um den vorbereitenden Besuch *Adschubejs* in die Wege zu leiten, wobei man sich einer früheren Einladung *Adschubejs* durch einige westdeutsche Zeitungen bediente. Von den Sowjets wurde diese Angelegenheit mit allen Anzeichen höchster Eile und besonderer Dringlichkeit betrieben.

Sie führte am 19. Juni zur Übergabe der Einladung in dem Gebäude der „*Iswestija*“. Zuvor schon hatte ein starker Protest gegen eine Verunglimpfung des Bundespräsidenten in der „*Iswestija*“ zu einer mündlichen Entschuldigung sowjetischerseits geführt.

Wie sich das Parteipräsidium in diesem Stadium zum Besuch *Adschubejs* gestellt hat, ist nicht genau bekannt. Behauptet worden ist, daß die Mehrheit des Präsidiums dem Besuche *Adschubejs* zugestimmt habe, wenn auch nicht ohne Bedenken gegen die Person des Entsandten⁴¹⁾. Wahrscheinlicher aber ist die Ver-

⁴⁰⁾ Abgedr. im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 145, vom 25. September 1964, S. 1341.

⁴¹⁾ Radio Free Europe Research — Communist Area, 21. Oktober 1964, S. 3.

sion, daß der Besuch *Adschubejs* ohne Übereinstimmung mit dem Parteipräsidium erfolgte⁴²⁾. Die Anklagerede *Suslows* — so wie sie uns aus einer Veröffentlichung der italienischen Wochenzeitschrift „Espresso“ bekannt ist⁴³⁾ — bestätigt diese Vermutung. Sicher ist, daß besonderer Anstoß an der unmittelbaren Unterrichtung *Chruschtschows* durch *Adschubej* nach seiner Rückkehr genommen wurde, die unter völliger Übergehung des Parteipräsidiums stattfand. Darüber hinaus wurden auch gewisse Äußerungen beanstandet, die *Adschubej* in der Bundesrepublik tat. Nach einem Bericht des „Economist“⁴⁴⁾ soll *Ad-*

schubej in der Bundesrepublik angedeutet haben, daß *Chruschtschow* in bezug auf den künftigen Status von Berlin nunmehr konzessionsbereiter sei und daß er möglicherweise den Gebrauch einer Formel akzeptieren würde, die West-Berlin mit dem „Währungsgebiet DM-West“ assoziierte⁴⁵⁾, mit anderen Worten, daß er Berlins vitale Verbindung mit der Bundesrepublik vielleicht anerkennen könne. Zu den beanstandeten Äußerungen gehörte vermutlich auch die vom „Spiegel“ verbreiteten Äußerungen *Adschubejs* über den schlechten Gesundheitszustand *Walter Ulbrichts*.

VI. Die sowjetische Deutschlandpolitik nach dem Sturz *Chruschtschows*

Ein radikaler Kurswechsel in der Deutschlandpolitik der Sowjetunion fand nach dem Sturz *Chruschtschows* nicht statt. Kennzeichnend war vielmehr eine weitere allmähliche Abkühlung der gegenseitigen Beziehungen und eine in gewissem Maße bedeutsame Verschärfung der antideutschen Polemik seitens der Sowjetunion. Die sich versteifende Haltung der Sowjetunion in der Deutschlandfrage wurde ergänzt durch die gleichzeitige Verschärfung der Berlin-Situation und durch die weitere Festigung des *status quo* in Ostmitteleuropa mittels des neuen polnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandsvertrages vom 8. April 1965.

Nach dem Sturz *Chruschtschows* hatte der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik dem Bundeskanzler zwar zunächst noch erklärt, daß sich an der Generallinie der sowje-

tischen Politik nichts ändern werde⁴⁶⁾. Auf der gleichen Linie lagen die Leitartikel der „Prawda“ vom 17. Oktober 1964⁴⁷⁾, die 102 Losungen des Zentralkomitees zum sowjetischen Staatsfeiertag am 7. November 1964 und die Rede *Breschnews* beim Empfang der Kosmonauten⁴⁸⁾.

Verhärtung der sowjetischen Deutschlandpolitik in der ersten Jahreshälfte 1965

Der Umschwung begann sich indessen schon bald abzuzeichnen. Im November begannen die sowjetischen Gazetten die Bundesrepublik aufs neue recht frostig zu behandeln, nachdem sie im Anschluß an den *Adschubej*-Besuch die Polemik deutlich gestoppt und sogar den „Geist von Rapallo“ bemüht hatten⁴⁹⁾. Nunmehr tauchten in den Artikeln über Deutschland wiederum der Vorwurf des Revanchismus und Militarismus und ähnlich liebgewordene Klischees auf. Auch die offizielle Haltung der Sowjetunion verhärtete sich allmählich. *Bre-*

⁴²⁾ So W. Leonhard in der *Zeit* vom 6. November 1964; desgl. die *FAZ* vom 30. und 31. Oktober 1964.

⁴³⁾ Vgl. die auszugsweise Wiedergabe in der *FAZ* vom 30. Oktober 1964. Es heißt dort: „Viele Reisen sind von dem Genossen *Chruschtschow* seit dem Jahre 1962 ohne die vorherige Beratung mit den anderen Mitgliedern des Präsidiums des Zentralkomitees oder des Präsidiums des Obersten Sowjet unternommen worden. Dasselbe geschah mit vielen Missionen im Ausland, die Freunden und Verwandten *Chruschtschows* persönlich anvertraut wurden, die keinen Titel noch Vorbereitung besaßen, die ihnen übertragenen heiklen Aufgaben zu Ende zu führen. Es wurde festgestellt, daß oft die Substanz der Gespräche und Vereinbarungen, die im Laufe dieser Reisen erreicht wurden, weder den Interessen des Sowjetvolkes noch der Politik der Partei entsprachen.“

⁴⁴⁾ 24. Oktober 1964, S. 334.

⁴⁵⁾ In diesem Sinne auch Radio Free Europe Research — Communist Area, 20. Sept. 1964. Vgl. des weiteren den Bonner Generalanzeiger vom 14. September 1964, der einen ungenannten sowjetischen Diplomaten dahingehend zitiert, daß „wir eine erträgliche Lösung für beide Seiten in bezug auf die Berlin-Klausel erreichen könnten.“

⁴⁶⁾ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 20. Oktober 1964, Nr. 155, S. 1434.

⁴⁷⁾ Deutsch in: Die Presse in der Sowjetunion — Ausgabe B, vom 21. Oktober 1964, Nr. 121, S. 2662.

⁴⁸⁾ *Prawda* vom 30. Oktober 1964.

⁴⁹⁾ Vgl. die Übersicht in: Radio Free Europe Research — Communist Area, 27. August 1964.

schnews Festrede am 6. November 1964 zum 47. Jahrestag der bolschewistischen Revolution war in der Deutschlandfrage zwar noch verhältnismäßig konziliant gewesen⁵⁰); aber schon *Kossygin* beurteilte in seiner Rede vom 9. Dezember vor dem Obersten Sowjet der UdSSR die Bundesrepublik wesentlich härter⁵¹). Er griff die alten Vorwürfe gegen Westdeutschland wieder auf und bezeichnete die Bundesrepublik als ein Land, „wo Revanchisten und Militaristen den außenpolitischen Kurs sehr beeinflussen, sich für eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, für eine Revision der in Europa bestehenden Grenzen einzusetzen“. Eine weitere Verschärfung erreichte die anti-deutsche Kampagne mit der Überreichung einer sowjetischen Note am 16. Januar 1965, in der die Sowjetregierung die Bundesregierung des Versuches beschuldigte, „die vollständige Amnestie für Nazi-Verbrecher zu vertuschen“⁵²). Der deutsche Botschafter in Moskau gab diese Note am 17. Januar 1965 „wegen der in ihr enthaltenen schweren Beschuldigungen“ zurück.

Am 19. und 20. Januar 1965 tagte in Warschau der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Paktes. Eines der zentralen Themen der Beratungen war die „Bedrohung durch den westdeutschen Militarismus“. Einen Tag vor Beginn der Konferenz, am 18. Januar 1965, hatte die sowjetische Regierung in einer Note an die Bundesregierung gegen angebliche Pläne zur Verlegung von Atomminen an der Zonengrenze und an der Grenze der Bundesrepublik zur Tschechoslowakei protestiert⁵³). In einer ähnlichen Note vom gleichen Tage, die an die amerikanische Regierung gerichtet

⁵⁰) Auszugsweise abgedr. in: EA 19 (1964), S. D 638 ff.

⁵¹) Auszugsweise abgedr. in: EA 20 (1965), S. D 36 ff.

⁵²) Es handelte sich um den Aufruf der Bundesregierung vom 20. November 1964. In diesem Aufruf hatte die Bundesregierung — angesichts der am 8. Mai 1965 ablaufenden Verjährungsfrist für alle vor dem 9. Mai 1945 begangenen nationalsozialistischen Verbrechen — alle Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen aufgefordert, „in ihrer Hand befindliches Material über Taten und Täter, die bisher in der Bundesrepublik noch nicht bekannt sind“, der Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewalttaten zur Verfügung zu stellen.

⁵³) Abgedr. in: EA 20 (1965), S. D 121 f.

und abschriftlich auch den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens zugeleitet worden war, wies die Sowjetregierung auf das Potsdamer Abkommen hin und erklärte, daß die „Handlungen der Militärkreise der Bundesrepublik und der ihnen von den Militärbehörden der Vereinigten Staaten dabei erwiesene Beistand“ diesem Abkommen zuwiderlaufe und mit den Verpflichtungen nicht vereinbar sei, „die der Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des ehemaligen Deutschen Reiches obliegen“. Mit diesen Noten, die von der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung zurückgewiesen wurden⁵⁴), waren zugleich die anti-deutschen Töne angeschlagen, die die Warschauer Konferenz bestimmen sollten. In dem am 27. Januar veröffentlichten Kommuniqué⁵⁵) nehmen dementsprechend die gegen die Bundesrepublik gerichteten Anklagen einen breiten Raum ein. Die Teilnahme der Bundesrepublik an einer multilateralen Atomstreitmacht, so wurde erklärt, bedeute, daß die Bundesregierung die Wiedervereinigung abschreibe. Vorgeschlagen wurde die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der Abschluß eines Nichtangriffpaktes zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO und der Verzicht „beider deutscher Staaten“ auf Kernwaffen. Über die internen Beschlüsse der Warschauer Konferenz ist nichts bekannt, doch stimmen westliche Beobachter in der Vermutung überein, daß wahrscheinlich ein in Zukunft verschärfter Kurs in der Deutschlandfrage abgesprochen worden sei.

Trotz dieser entmutigenden Zeichen ließ es die Bundesrepublik nicht an Versuchen fehlen, das allgemeine politische Klima zu verbessern. So erneuerte der deutsche Botschafter in Moskau am 23. Februar gegenüber Ministerpräsident *Kossygin* die seinerzeit von Bundeskanzler *Erhard* an *Chruschtschow* ergangene Einladung zum Besuch der Bundesrepublik.

Nur eine Woche später, am 1. März, griff *Kossygin* die Bundesrepublik in einer Rede in Leipzig jedoch erneut scharf an. Westdeutschland weiche den Abkommen aus, die zur internationalen Entspannung führten. Die Bundes-

⁵⁴) Noten vom 23. April 1965, abgedr. in: EA 20 (1965), S. D 265 f.

⁵⁵) Abgedr. in: EA 20 (1965), S. D 108 ff.

regierung wolle mit Kernwaffen einen Druck auf die sozialistischen Länder ausüben, um eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu erreichen.

Die Differenzen zwischen Ost und West in der Deutschlandfrage traten im Mai 1965 erneut scharf ins Blickfeld, als sich die Welt anschickte, den 20. Jahrestag des Kriegsendes zu feiern. Während der amerikanische Präsident in seiner Fernsehansprache vom 7. Mai 1965⁵⁶⁾ auch bei dieser Gelegenheit für die Wiedervereinigung Deutschlands eintrat, das freie Entscheidungsrecht des deutschen Volkes in Ost und West über seine eigene Zukunft forderte, und betonte, die Schande der Ostzone diene den realen Interessen von niemandem, erwiderte TASS am 20. Mai, der amerikanische Präsident habe die Wiederbelebung des Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland zu rechtfertigen versucht. Die Deutschlandklärung der drei Westmächte vom 12. Mai 1965⁵⁷⁾, in der erneut das Selbstbestimmungsrecht in den beiden Teilen Deutschlands gefordert wird, bezeichnete die „Prawda“ als „Wahlkampfmystifikation“⁵⁸⁾. Eine derartige Initiative sei völlig zwecklos und könne an der realen Lage nichts ändern. Der Kurs der UdSSR gehe unverändert von der realen Tatsache des „Bestehens zweier deutscher Staaten“ und von den „Interessen der europäischen Sicherheit“ aus.

Die Berlin-Situation in der ersten Jahreshälfte 1965

Gleichzeitig mit dieser sowjetischen Versteifung in der Deutschlandfrage verschärfte sich die Situation in Berlin. Bereits am 25. November 1964 war eine sowjetzonale Anordnung ergangen, derzufolge westliche Besucher der „DDR“ und Ost-Berlins pro Tag ihres Aufenthaltes 5 DM-West zum offiziellen Kurs in DM-Ost umtauschen mußten. Die Botschafter der drei Westmächte in der Bundesrepublik protestierten dagegen vergeblich am 7. De-

zember 1964 beim sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin.

Ende März/Anfang April kam es dann zu erheblichen Spannungen wegen der Sitzung des Deutschen Bundestages in West-Berlin. Am 23. März protestierte die UdSSR in Noten an die drei Westmächte gegen die beabsichtigte Sitzung⁵⁹⁾. Berlin gehöre nicht zur Bundesrepublik Deutschland, und die Verantwortung für die Folgen der „provokatorischen und widerrechtlichen Aktionen der Bonner Behörden“ werde den drei Westmächten zufallen. Die Sowjetregierung behalte sich Maßnahmen zur Gewährleistung der Unantastbarkeit der Grenzen der „DDR“ vor. Diese Drohung setzte die Sowjetunion alsbald in die Tat um. Am 1. April 1965 begannen auf der Autobahn Berlin-Helmstedt starke Verzögerungen in der Abfertigung des Verkehrs durch die „Grenzorgane der DDR“. Vom 5. bis zum 11. April fanden Manöver in der Nähe der Zonengrenze statt, an denen Truppen der UdSSR und der „DDR“ teilnahmen. In dieser Zeit wurde die Autobahn täglich für mehrere Stunden gesperrt. Am 5. April verhängte die „DDR“ ein Durchreiseverbot durch die Zone für Mitglieder des Bundestages. Die Sitzung des Bundestages selbst wurde durch Tiefflüge sowjetischer Düsenjäger über West-Berlin gestört. Demgegenüber unterstrich Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* bei der Eröffnung der Sitzung am 7. April den Rechtsanspruch des Deutschen Bundestages, jederzeit in Berlin zusammenzutreten. Am gleichen Tage protestierten die drei Westmächte in Noten an die Sowjetregierung gegen die Behinderung des Berlin-Verkehrs und wiesen die in der sowjetischen Note vom 23. März wegen der Bundestagssitzung in Berlin erhobenen Beschuldigungen als unberechtigt zurück⁶⁰⁾. Diese Noten wurden am 14. Mai 1965 von der Sowjetregierung beantwortet⁶¹⁾. In dieser

⁵⁹⁾ Abgedr. in: EA 20 (1965), S. D 263 f. — Die SBZ schloß sich diesem Vorgehen an. Ihr Ministerpräsident *Stoph* protestierte in einem an *W. Brandt* gerichteten Schreiben vom 29. März scharf gegen die beabsichtigte Bundestagssitzung. Ein Protesttelegramm ähnlichen Inhalts richtete der Außenminister der „DDR“ *Bolz* an den Bundesaußenminister *Schröder*.

⁶⁰⁾ Die amerikanische Note ist abgedr. in: EA 20 (1965), S. D 264.

⁵⁶⁾ Abgedr. in: EA 20 (1965), S. D 276 ff.

⁵⁷⁾ Abgedr. in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 83, vom 13. Mai 1965.

⁵⁸⁾ Prawda vom 20. Mai 1965.

Antwort bezeichnet die UdSSR die Bundestagssitzung in Berlin als revanchistisch und provokatorisch. Die Luftlinien über dem Territorium der DDR seien widerrechtlich benutzt worden. Die Souveränität der DDR müsse von allen geachtet werden, die sich der Verkehrswege der DDR bedienen. Die Sowjetregierung erkläre erneut, wenn derartige Provokationen revanchistischer und militaristischer Kräfte weiterhin zugelassen würden, so könne sie sich genötigt sehen, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachte, um die Grenzen der DDR zu sichern und die widerrechtlichen Handlungen der revanchistischen und militaristischen Kräfte gegenüber West-Berlin zu unterbinden.

Neue Störaktionen gegen West-Berlin zeichnen sich auch seit Mitte Juni 1965 ab. Zu nennen sind hier Truppenmärsche sowjetischer und sowjetzonaler Verbände auf den Zonenstraßen, Lärmszenen sowjetischer Düsenjäger über Berlin, die Verzögerung neuer Passierscheinverhandlungen, Patrouillenflüge sowjetzonaler Hubschrauber im Berliner Luftraum und über der Sektorengrenze, die einseitige Kündigung der Interzonengütertarife seitens der Zonen-Reichsbahn und die Einführung gebührenpflichtiger Schiffspapiere für den Binnenschiffsverkehr nach Berlin. Gegen die Einführung neuer Schiffspapiere durch die Zonenregierung haben die Botschafter der drei Westmächte in der Bundesrepublik am 1. Juli in einer gemeinsamen Erklärung protestiert⁶²⁾. Sie wiesen darauf hin, daß der Zugang auf dem Wasserwege nach Berlin zu den Rechten der Alliierten gehöre, die sich aus der gemeinsamen Besetzung Deutschlands ergeben.

Deutschlandfrage und neuer polnisch-sowjetischer Freundschafts- und Beistandspakt vom 8. April 1965

Das sowjetische Bemühen, den faktischen *status quo* in Zentralmitteleuropa zu versteinern, spiegelt sich auch in dem neuen polnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandsvertrag vom 8. April 1965 wider⁶³⁾. In der

⁶¹⁾ Abgedr. in: EA 20 (1965), S. D 285 f.

⁶²⁾ FAZ vom 2. Juli 1965.

⁶³⁾ Deutscher Text in: EA 20 (1965), S. D 231 ff. Russischer Text in der Prawda vom 10. April 1965.

Deutschlandfrage verpflichtet er die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen zu einer gemeinsamen Politik. Art. 6 begründet in diesem Sinne die Verpflichtung der Parteien, gemeinsam alle Mittel einzusetzen, „um die Gefahr einer Aggression seitens westdeutscher Kräfte des Militarismus und Revanchismus... zu beseitigen.“ Art. 7 begrenzt den Verteidigungsfall auf diesen angeblich westdeutschen Gegner und seine Verbündeten. In den Reden *Gomulkas* und *Breschnews* anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages in Warschau nahm diese angebliche Bedrohung seitens des „westdeutschen Militarismus und Revanchismus“ einen breiten Raum ein⁶⁴⁾.

Von besonderer Bedeutung ist Art. 5 des Vertrages, der die sowjetische Sicherheitsgarantie für die Oder-Neiße-Linie enthält, wobei präzisiert ist, daß es sich um die Lausitzer Neiße handelt. Diese Grenze ist von *Breschnew* in seiner Rede vom 8. April als „endgültig und unwiderruflich“ bezeichnet worden. Die Bundesregierung hat demgegenüber in ihrer Erklärung vom 14. April 1965 die Festlegung der „Staatsgrenze“ Polens an der Oder-Neiße-Linie zurückgewiesen⁶⁵⁾. Sie hat u. a. darauf aufmerksam gemacht, daß die endgültige Festlegung der deutsch-polnischen Grenze nach dem Potsdamer Abkommen einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten ist und daß nur eine freigewählte, gesamtdeutsche Regierung berufen ist, eine derartige friedensvertragliche Regelung zu treffen. Auch das U. S. State Department hat in einer Erklärung vom 27. April aufs neue den offiziellen Standpunkt der amerikanischen Regierung bekräftigt, demzufolge die Grenzziehung im Westen Polens einer endgültigen Friedensregelung vorbehalten ist⁶⁶⁾. Dieser Auffassung hat sich Großbritannien in einer Erklärung vom 6. Mai 1965 angeschlossen⁶⁷⁾.

Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß auch der polnisch-sowjetische

⁶⁴⁾ Abgedr. in der Prawda vom 9. April 1965.

⁶⁵⁾ Text in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 68, vom 15. April 1965.

⁶⁶⁾ Wireless Bulletin, USIS, Embassy of the USA, Bad Godesberg (117), 28. April 1965, S. 18.

⁶⁷⁾ Informationsfunk der Bundesregierung vom 12. Mai 1965, Meldung Nr. 1205 — 108.

Vertrag nichts an der völkerrechtlichen Situation der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße zu ändern vermag. Die polnische Auffassung, derzufolge die deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie integraler und endgültiger Bestandteil des gegenwärtigen polnischen Staatsgebietes sind⁶⁸⁾, widerspricht dem allgemeinen Völkerrecht.

Diese Rechtslage wird von der „sozialistischen“ Völkerrechtspublizistik allerdings bestritten⁶⁹⁾. Die deutsche Völkerrechtswissenschaft hat demgegenüber wiederholt und — wie es uns scheint — überzeugend den entgegengesetzten Standpunkt vertreten⁷⁰⁾.

Die Bundesrepublik wird durch die Garantieerklärung im polnisch-sowjetischen Vertrag nicht verpflichtet. Im Völkerrecht gilt der Satz „pacta tertiis nec prosunt nec nocent“⁷¹⁾. Im völkerrechtlichen Bereich kann kein Staat rechtsgültig über das Gebiet eines anderen Staates zu dessen Lasten mit einem dritten Staat einen Zessionsvertrag abschließen.

Schlußbemerkung

Versucht man ein Resümee der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den letzten anderthalb Jahren zu ziehen, so ist von der Feststellung auszugehen, daß es der UdSSR weiter gelun-

Polnischen Forderungen an die Adresse der Bundesrepublik, die Oder-Neiße-Linie nunmehr rechtsverbindlich anzuerkennen, ist im übrigen entgegenzuhalten, daß ein solches Ansinnen der von Polen vertretenen und auch im polnisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag wieder zum Ausdruck gekommenen Zweistaaten-These widerspricht. Die Zwei-Staaten-These, die den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung verneint, und die Aufforderung, eine Grenze anzuerkennen, zu der die Bundesrepublik keine unmittelbare territoriale Beziehung hat, schließen einander aus. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie seitens der Bundesregierung setzt voraus, daß die Vertretungsmacht der Bundesregierung, eine derartige Verzichtserklärung für den fortbestehenden gesamtdeutschen Staat gegenüber Polen abzugeben, auch seitens Polens anerkannt wird. Das ist aber nicht der Fall.

gen ist, den *status quo* in Zentralmitteleuropa zu festigen. Im besonderen die allgemeine Aufwertung der „DDR“, die sowjetischen Garantien für die Zonengrenze und die polnische Westgrenze an Oder und Neiße sowie schließlich die erneute Verknüpfung des Ostblocks unter antideutschem Vorzeichen haben herbe Enttäuschungen für die Hoffnung auf eine baldige und gerechte Lösung der deutschen Frage bewirkt. Die westlichen Gegenzüge, die sich in der Regel auf formelle Proteste beschränkten und des Charakters echter Retorsionen ermangelten, vermochten an dieser Entwicklung kaum etwas zu ändern.

Soweit die UdSSR ihre Deutschlandpolitik zu rechtfertigen sucht, operiert sie vorzugsweise mit Argumenten wie : „die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges“ und die „Interessen der europäischen Sicherheit“. Es sind dies Argumente, die dem Arsenal des klassischen Völkerrechts entstammen und den Ordnungsvorstellungen unseres Zeitalters diametral widersprechen. Aus den traditionellen Konzeptionen der Machtpolitik gewonnen, widersprechen sie allgemeinen Ordnungsgrundsätzen unserer Zeit, wie etwa dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen und dem Annexions-

⁶⁸⁾ Repräsentativ für die polnische Auffassung etwa Lachs, *The Polish German Frontier*, Warschau 1964; Klafkowski, *Umowa poczdamska z 2. VIII. 1945. Podstawy prawne likwidacji skutków wojny polsko-niemieckiej z lat 1939—1945*, Warschau 1960; Wiewiora, *Grancja polsko-niemiecka w świetle prawa międzynarodowego*, Posen 1957.

⁶⁹⁾ Von sowjetischer Seite etwa Zukov, in: *Sovetskij ezegodnik mezduнародnogo prava* (1958) S. 348 ff. Von sowjetzonaler Seite z. B. Meister, *Das Völkerrecht garantiert die Friedensgrenze an Oder und Neiße*, Leipzig/Jena 1955.

⁷⁰⁾ Vgl. etwa Meyer-Lindenberg, *Deutschlands Grenzen — die Aussage des Völkerrechts*, Sonderdruck aus: *Die politische Meinung*, Dezember 1962, Heft 79; Kraus, *Der völkerrechtliche Status der deutschen Ostgebiete*, Göttingen 1964; Menzel, *Das Annexionsverbot des modernen Völkerrechts und das Schicksal der deutschen Ostgebiete*, in: *Das östliche Deutschland*, Würzburg 1959, S 3 ff.

⁷¹⁾ Oppenheim/Lauterpacht, *International Law I*, 8. Aufl., London/New York/Toronto 1955, S. 325 f.; Berber, *Lehrbuch des Völkerrechts I*, München/Berlin 1960, S. 432 und S. 62 — Für den sozialistischen Völkerrechtskreis vgl. *Mezduнародnoe pravo* (Red. F. I. Kozevnikov), Moskau 1964, S. 340 f. und Petererskij, in: *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* (1957), Nr. 4.

verbot des modernen Völkerrechts sowie auch der Grundkonzeption einer „just legal order for Europe“.

Nun gelten Völkerrecht und internationale Moral sicher nicht sehr viel unter den gegenwärtigen Bedingungen der internationalen Politik. Möglich aber erscheint es, daß sich in der UdSSR vielleicht doch die Vorstellung

durchsetzen könnte, den „Interessen der europäischen Sicherheit“ sei besser mit einem geeinten Deutschland als mit einem in sich zerrissenen, gefährlichen Unruheherd im Herzen Europas gedient. Die Förderung dieser Einsicht obliegt der deutschen Politik. Daß sie sich bald durchsetzen möge, bleibt unsererseits zu hoffen.